

Archiwum Akt Nowych w Warszawie, zespół: Konsulat RP w Kwidzynie, jednostka: Plebiscyt w Prusach Wschodnich - wyniki i ich ocena przez stronę polską [memoriały i opracowania], sygn.478/30, k. 126-165.



INSTYTUT PÓŁNOCNY

im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie



ARCHIWUM
PAŃSTWOWE
W OLSZTYNIE

126.

Masuren-Komitee.-Masureischer Volksbund.

Während in Masuren selbst die zum Eintreffen der Interalliierten Kommission betreffs der Vorbereitung zur Abstimung unvorbereitete nicht getan werden konnte, war man in Warschau nicht müdeig. Hier hat sich ein Masuren-Komitee gebildet mit der Aufgabe, die Abstimmungstätigkeit in Polen vorzubereiten und in Masuren durchzuführen. An der Spitze des Masuren-Komitees stand General-Superintendent Dr. Bursche. Als Oberhaupt der evangelischen Kirche in Polen zerstreute er die deutschen ^{evangel.} Vorstellungen von der Unterdrückung der Evangelischen, sowie der evangelischen Kirche in Polen. Er war auch in Paris, um den deutschen Lügen über die Unterdrückung Evangelischer in Polen aufzutreten und mit klaren Beweismitteln für die Vereinigung der evangelischen Masuren die polnische Herkunft sich einzusetzen.

Da durch Dr. Bursche die religiöse Hetzarbeit bei den Deutschen ein starken Riss erhielt, arbeiteten diese schon vor, um seine Person in den dunkelsten Schattierungen zu schildern, um ihn in der öffentlichen Meinung der evangelischen Masuren herabzusetzen. Aber diese Methode gegen bedeutende und gefährliche Männer nimmt bei den Deutschen nicht wunder. Sie sind darin geschickt.

In dem Vorstand des Masuren-Komitees waren die Herren Ingenieur Ministerialrat Graf ^{Schönberg}, der Adjutant Pileuszkis ^{admt} liete aus Warschau, Lewandowski, der spätere General-Konsul in Allenstein und Bankdirektor Gliński aus Posen, ein geborner Masur aus dem Kreis Lyck, der einzige Getreue des polnisch-masureischen Adels.

General-Sekretär des Komitees war Stanisław Zieliński, ein früherer Redakteur des "Mazure" in Ortelburg, ein guter Kenner des masureischen Volkes. Leiter der Agitationsabteilung war Wladisław Herz, Abgeordneter der polnischen Arbeiterpartei aus Posen. Seine Tätigkeit, die schon dort in Warschau und später für Masuren geradezu für die Masuren herausfordernd war, hat eine mächtige Erbitterung bei den Einheimischen hervorgerufen. Wenn ich an die deutschen Spitzeln im Masuren-Komitee denke, die die falschen Informationsberichte an die Warschauer Regierung, die zu verschiedentlich falschen Handlungen der Regierung Anlass gaben, die durchaus ^{nur} für eine Plebezitarbeit fragwürdig erscheinenden Handlungen des Masuren-Komitees, und die Erbitterung ^{auf der} ~~und~~ ^{Ab} Verschiedener ^{Abkehr} von Polen, so steht mit allem der Agitationsleiter Herz in unmittelbarer Verbindung.

In Warschau sorgte das Masuren-Komitee für die Vorbereitung zur Agitationsorganisation. Es wurden hier die Agitatoren gesammelt und in Kursen ausgebildet. Ein Teil von ihnen war aus Posen, Westfalen und Berlin. Es waren Leute, die sich weniger in die masureische Volkseele hineinden

427
sineinstenken konnten. Der andere Teil bestand aus Leuten von Masuren, welche zum Teil für den Propagandasack geworben wurden, zum Teil durch deutsche Verfolgungen politischer Tätigkeit gegen geübt, bzw. aus idealen Motiven fortin als zum Sammelplatz gekommen sind. Ausserdem waren auch Kriegsgefangene Masuren, die von Frankreich aus zur Hallerarmee eintraten, und jetzt für die Volksbestimmungsvorbereitung bei ihren Landsleuten sich zur Verfügung stellten. Man kann sagen, dass alle diese ernenken und anständige Leute waren, welche nach besten Kräften ihre Aufgabe auf dem Kampfplatz erfüllten. Wohl gab es auch einige, die abschwenkten, doch deren Ziffer ist nur gering.

Da die dort anwesenden Masuren für die Agitationsarbeit in Frage kamen, war es verständlich, dass sie hierfür, so lange dort Zeit war in verschiedenen Föbern vorbereitet wurden. Um aus eigener Anschauung Kenntnis des Landes, Volkes, der industriellen Anlagen, Sehenswürdigkeiten zu erhalten, machten alle dort anwesenden Masuren einen Ausflug nach den bedeutendsten Orten Polens. Dieses war um so notwendiger, damit sie den ausgestreuten Märchen des Deutschtums über Polen entgegentreten konnten. Der Deutsche suchte durch vollkommene Tiefateilung der Kultur ein völlig falsches Bild den Masuren von Polen zu zeichnen. Als sie aber in Loz gesehen haben, das widersprach so vollkommen den deutschen Ausserungen, dass Polen dem Deutschen Reiche die Befreiung von der Unterdrückung seitens Russland zu verdanken habe. Geringe, eine Befreiung hat Polen zu verdanken gehabt, das war über die Befreiung von den Maschinen der grossen Tuchfabriken, welche durch die Diebstahl zu einem grossen Teile lahmgelegt waren. Überreste der gewinnbringenden Tuchtechnik standen verlassen anklagend gegen den sich anmassenden Freund Polens, Deutschland, der unter dieser Maske den Reichtum der Tuchstadt Loz, sowie ganz Polens ausgeplündert hat.

In Krakau konnte der treffendste Beweis gegen die Unterdrückung der evangelischen Kirche Polens durch den Katholizismus erbracht werden. Seelsorger der evangelischen Gemeinde ist dort Pfarrer Michjela, ein Mann aufrechten Charakters, und durch seine aufopfernde Tätigkeit für Masuren verdient. Er erklärte, dass Fortselbst eine Reibung zwischen den beiden Konfessionen nicht in Betracht kommen kann. Den treffendsten Beweis hierfür bildet die überaus reiche materielle Unterstützung der evangelischen Kirche seitens der katholischen Gemeinde. Diese Unterstützung datiert nicht einige Wochen, sondern lange Jahre zurück, so dass sie nicht als politisches Mittel für ein Plebiszit in einer evangelisch-polnischen Bevölkerung angesehen werden kann.

Ich erwähne dieses Beispiel von Krakau um der weitverbreiteten Meinung aufzutreten, dass die evangelische Kirche in Polen von der katholischen unterdrückt wird. Wenn eine feindliche Haltung seitens der

Katholischen den Evangelischen gegenüber insoweit hervortritt, so
steht sie sich mehr mit dem Volkstum, da die Evangelischen mehr im
Pommern-, Pommerscher und Ostpreussischer Gebiet zu einem Teile die Arbeit schwe-
renden Deutschthums vertreten und sich als Gegenkraft gegen das Polen-
thum einsetzen. In einem solchen Falle, wo Evangelismus sich mit dem
Deutschthum deckt und als Stützflamme, welche das letztere begutet
wird, kann man sich über evtl. Massenerscheinungen nicht wundern. Diese
sind sehr leicht erklärlich, zumal in Deutschland der Katholismus,
welcher sich mit dem Polenthum identifiziert, unterdrückt wurde. Ein
guter Teil, evangelischer Konfession wird die Vertreibungen von Unter-
drückungen Evangelischer in Polen als aus der Luft gegriffen, als ab-
sichtlich in die Welt gesetzte Hetznachrichten betrachten, um Polens
Ansehen bei anderen Völkern herabzusetzen. Bei völlig unauferklärten
oder vereinzelt religionsverwandenen Leuten mögen ja Verwechslungen über-
eiferungen vorkommen. Solches kommt aber in jedem Staate vor.

In Polen selbst sorgte das Masuren-Komitee für die notwendige Auf-
klärung über das Abstammungsgebiet, wobei alle, ob Reichspolen oder
Masuren darin zusammen arbeiteten.

Dem Masuren-Komitee in sehr Tätigkeit zur Seite stand die "Flebiszi-
tationsvereinigung der Evangelischen Polen." Gründer dieser Vereinigung wa-
ren Hrl. B u r r e s c h e, I w a n s k i, Dr. Kurnatowski, Kischke, Tomio
und a n d e r e Z i e l i n s k a. Vorsitzender derselben war Dr. -
K u r n a t o w s k i, der durch seine kenntnisreiche und nutzbringende
Tätigkeit für die Flebiszitation stark hervortrat. Ich selbst stand
mit dieser ^{Verbindung} Korrespondenz-mitglied in Verbindung.

Diese Vereinigung hat uns während der Flebiszitation vortreffliche
Dienste geleistet, denn durch sie konnten wir jeden deutschen Angriff,
der sich in die religiöse Sphäre hinzog, mit trefflichen Argumenten ab-
parieren, jede Beschuldigung gegen Polen mit klaren Beweismitteln wi-
derlegen und als deutsche Mäße entlarven. Zudem hat sie gearbeitet und
uns mit trefflichem Material hilfreich unter die Arme gegriffen. Ich
muss sagen, dass die Begründung dieser Vereinigung einer gesunden und
glücklichen Idee entsprungen ist, und ich kann den, oder dem Schöpfer
dieser Idee nur Anerkennung aussprechen. Von den Frauen wirkten mit vö-
lligster Hingabe und Aufopferung, welche den dort anwesenden Masuren
unvergesslich bleibt, für die Flebiszitation Frau D a b a k i, Gattin
des Sejmsbeordneten und späteren Viceministers des Russen und Frau
S c h y m a n s k a.

Ich hatte schon nach der Friedensratifizierung unmittelbar den Plan
eine politische Organisation in Masuren, welche die eingeborenen ab-
stammungsberechtigten Masuren vereinigt, zu schaffen. Bei meinen Frauen

Freunden fand dieser Plan Zustimmung, doch konnte er unter der deutschen Verwaltung nicht verwirklicht werden. Nur wurde die "Rata Ludowa" begründet, die war aber für die Masuren nicht das Richtige. Den Vorreits in ihr führten Eingewanderte ohne Stimmberechtigung, die durchweg katholischer Konfession waren, und die das Wesen der eingebornen Masuren nicht erfassen, sich auch in die Ziele und Bestrebungen unserer Leute nicht hineinversetzen konnten. Von einem Hingezogensein konnte daher auch zu ihr wenig die Rede sein. Der Plan der Begründung einer rein polnisch-masurischen Vereinigung war daher eine natürliche logische Folgerung.

Meinen Plan habe ich weiter verfolgt, und da es mir in Masuren durch die deutschen Verfolgungen nicht möglich war, ihn zu verwirklichen, ging ich in Warschau daran, ihn in die Tat umzusetzen, da dort selbst die würdigsten Vertreter unseres Volkes anwesend waren.

Bei einer Sitzung des Masuren-Komitees wurde die Zweckmäßigkeit einer solchen Organisation anerkannt. Mehrere Bezeichnungen für dieselbe wurden vorgeschlagen, bis schliesslich die von mir vorgeschlagene Bezeichnung "M a s u r i s c h e r V o l k s b u n d" - M a z u r s k i Z w i ą z e k L u d o w y - sich durchsetzte.

Nach Durandierung und Durcharbeitung der Richtlinien für unsere masurischen Bestrebungen, wobei General-Sekretär Z i e l i Ń s k i äusserst beratungsbereit und eifrig tätig war, konnte am 19. November 1919, dem h i s t o r i s c h e n Tage für die Geschichte Masurens von polnischer Richtung aus, der "M a s u r i s c h e V o l k s - B u n d" - M a z u r s k i Z w i ą z e k L u d o w y - begründet werden. Die Begründung erfolgte in der Wohnung des General-Sekretärs Stanisław Z i e l i Ń s k i, ulica Wapólna 19. Das Abzeichen des Bundes stellt dar einen weissen Adler mit reisenden Ketten auf blauen Felde mit gelber Umrandung auf dem die Bezeichnung "Mazurski Związek Ludowy" 1919 steht.

Der Entwurf stammt von mir, das Sachverständigen-Urteil und Befürwortung des Entwurfes von Dr. K ę t r z y Ń s k i, Professor an der in Warschau, dem Sohne des Historikers und unseres bedeutendsten Landmannes Dr. K ę t r z y Ń s k i, auf den ich mich in der Beweisführung in meinen geschichtlichen Ausführungen berufen habe.

Zuerst wurde eine Organisationskommission gewählt, welche die Vorarbeiten auszuführen hatte. Auf dem Terrain sollte der provisorische und später nach Durchführung der Organisation der endgiltige Vorstand gewählt werden.

Der "M a z u r s k i Z w i ą z e k L u d o w y" war eine reine

politische Plebiszitorganisation, deren Mitglieder ihre Stimmen bei der Abstimmung Polen abzugeben als ihre Pflicht erachteten. Einer der wichtigsten Punkte seiner Statuten betraf die Begründung einer masurischen Volksgesellschaft mit weitgehendster Selbstverwaltung für den Fall eines Anschlusses an Polen. Diese Forderung habe ich in dem Programm unseres Bundes aufgestellt, weil ich evtl. Enttäuschungen der Masuren nach einem Anschluss vorbeugen wollte. Es lag mir daran, die Verwaltung mehr in der Hand der Einheimischen zu halten und eine Überwachung in die Behörden von anderen Teilen Polens nicht zuzulassen, weil ich dadurch Unzufriedenheit und Hasserscheinungen vorausah. Ich fand solche ungesunden Symptome bei Volksteilen die in ganz verschiedenen politischen und kulturellen Verhältnissen gelebt haben nicht nur begreiflich, sondern durch die gesammelten Erfahrungen während der wenige Monate in Polen weilenden Aufenthaltes vollauf bestätigt. Zudem waren die Masuren religiös grundverschieden, in ihrer Gesinnungsart den anderen Teilen Polens fremd und unverständlich. Zudem wollte ich auch einen Riegel gegen Ausbeutung der Landesprodukte und Wälder vorziehen, da ich kein Vertrauen zur Wirtschaft der Regierung faassen konnte und die andauernden Mißgriffe der damaligen Regierung keine schnelle Gesundung der polnischen Wirtschaftslage versprochen.

Unsere Masuren würden aber durch diese Selbsttätigkeit nach langer Zeit endlich selbst sich als Herren ihres Erbesitzes fühlen und nicht unter einer Bevormundung stehen, wie sie bis dahin unter Deutschland gestanden haben, ausgesaugt und als die "gummen Pollacken" verachtet, ständig beraubt ihrer mütterlichen Sprache. Mit der Zeit wären auch die Eigentümlichkeiten, die in der Natur dieses Volkstammes liegen und anderen fremd sind, ausgeglichen, die etwaigen Gegensätze hätten sich abgerieben und es könnte mit der jüngeren Generation zur Abschaffung dieser Sonderstellung geschritten werden.

Durch den "M a z u r a k i Z w i ą z e k L u d o w y," als Zusammenfassung der vollständigen abstimmberechtigten polnischen Bevölkerung wurde auch eine Organisation gebildet, die das Recht hatte, per Kommission auf dem Plebiszitgebiet, als Volksvertretung in die Entscheidung zu treten.

Man musste voraussetzen, dass es sich in einem so wichtigen Kampf, in dem es um die Entscheidung eines ganzen Volkstammes geht, die besten Mittel erwählt und unterstützt werden, persönliche, egoistische Interessen aber zurücktreten. Nicht um einzelne Personen, die wie winzige Lichter erscheinen und verblasen, geht es, sondern um die Sache, das Glück und die Zufriedenheit hunderttausender von Menschen und Stärkung des Staates. Nachdem die Herren von der "R a d a L u d o w a" von unserer

Gründung hätten, und sich in Masuren bereits unsere Leute geheim zu dieser Organisation gruppierten, erschienen zwei Vertreter in Warschau, um gegen die Gründung unseres Bundes zu protestieren. Es waren Dr. O g a s z e k i, der Begründer der "R a d a L u d o w a" und Dr. S i l i n s k i, beides keine Vertreter unseres Volkes und nicht abstimmberechtigt. Ihre Ausführungen unter nichtigen Vorwänden, die zur Beladung der besten unserer Kämpfer in Masuren ausarteten, ließen erkennen, dass es sich nur um persönlichen Erweis handelte. Deshalb vermochten wir nichts auszurichten, beschlossen aber, unter dem Zwange ihrer vorausschauenden Niederlage, vereint mit uns zu arbeiten, unserem Bunde beizutreten und die Organisation der "R a d a L u d o w a" in unserem Bunde aufgehen zu lassen. Zu einer Verbindung ist es auch später gekommen, doch hat es stets einen harten Kampf und viele Unzufriedenheiten gekostet, die unserem Zwecke keineswegs gedient haben.

Es wäre besser gewesen, diesen parteipolitischen Charakter tragenden Kampf auf die Zeit zur Sejmwahl zu vertagen, nicht aber in eine Plebiszitaktion hineinzutragen und auch dem Deutschen Wasser auf ihre Agitationsmühle zu gießen. Wir hatten wahrlich genug und schwer mit den Deutschen zu kämpfen und keine Zeit übrig, um gegen oft gemeine Intrigen ^{unserer} Kompatrioten zu arbeiten.

Es galt jetzt, diese Organisation auszubauen und durch sie sämtliche Arbeiten auszuführen die zu einem Volksabstimmungskampf, notwendig sind. An ihren Ausbau konnten wir aber nicht früher heran gehen, als bis die Interalliierte Kommission die Regierung im Abstimmungsgebiet übernahm.

ARCHIWUM
PAŃSTWOWE
WOLSZTYNIE

132

M A S S E N W A S S E R V E R S I E L U N G
I N T E R A L L I I R T E N K O M M I S S I O N E N

Die erste Wirkung des am 12. Januar ratifizierten Friedensvertrages trat in Masuren dadurch in die Erscheinung, dass die deutsche Reichswehr das Gebiet verließ. Sie wurde in dem übrigen Teile Ostpreussens untergebracht. Ihre Kommandostellen standen in dauerndem Kontakt mit den massgebenden deutschen Organisationen.

Die Besatzung rückte ein englisches Bataillon ein, welches am Allenstein untergebracht wurde, und am 12. Februar traf die Interalliierte Kommission mit ihrem Beamtenstabe ein. Vorsitzender der Kommission war der englische Generalleutnant Renne. Frankreich wurde durch Genet, Italien durch Marchese ^{früh} ~~Marchese~~ und Japan durch Marume vertreten. Im Regierungsgebäude wurden ihre Arbeitsräume eingerichtet, wesselbst auch der deutsche Reichskommissariat untergebracht war. Die Fahne der deutschen Republik vor dem Rathause verschwand, statt dessen flatterten die Fahnen der vier Besatzungsmächte.

Zum Schutze der Bevölkerung haben die Deutschen eine Sicherheitswehr gebildet, welche die Kommission als rechtmässig anerkannte und dem Bezernenten für Polizei und Inneres, dem englischen Oberleutnant B e n n e t unterstellte. Die Grenze des Abstimmungsgebietes wurde durch diese Sicherheitswehr und die Einwohnerwehr abgesperrt und der Passzwang eingeführt. Das Gebiet durfte nur auf Grund einer Einreiseerlaubnis betreten werden.

Für die Kreise wurden Offiziere verteilt, welche die Kontrolle über die Landräte auszuüben hatten. Je einen Engländer erhielten die masurischen Kreisstädte Marggrabowa, Lötzen, Johannisburg, Sensburg, Weidenburg, je einen Italiener Lyck und Ortelsburg und zwei französische Offiziere Osterode.

Von den Besatzungstruppen erhielten später Lyck ein italienisches Bataillon. Alle anderen Kreisstädte erhielten nur einzelne kleine Truppenabteilungen, vornehmlich Engländer. Franzosen kamen für die Besatzung nicht in Frage. Der ganze deutsche Verwaltungsapparat blieb. Die Beamtenschaft musste sich durch eine Lejaltätsklärung der Kommission gegenüber verpflichten. Eine besondere Bestimmung dieser Bestimmung Lejaltätsklärung war, dass die Beamten ihre Pflichten wie bisher wahrzunehmen hatten. Das haben sie nicht mehr als gerne getan! -- Die polnische Sprache wurde als gleichberechtigt mit der deutschen auch auf den Behörden festgesetzt, doch hat sich keine Behörde nach dieser Bestimmung gerichtet.

Deutschland wurde durch den Reichskommissar Freiherr von Gayl-Königberg, Polen durch den General-Konsul Lesanski aus Posen vertreten. Wie bereits ersichtlich, konnte von einer polnischen Aufklärungsarbeit und Organisationsfähigkeit bis zum Eintreffen der internationalisierten Kommission in Masuren gar keine Rede sein. Ein Betreten des heimatischen Bodens war den am meisten in Frage kommenden Kämpfern Masurens, und daher ein Arbeiten mitten unter ihren Landsleuten nicht möglich. Unsere polnische Sache war nicht einen Schritt vorwärtsgegangen, vielmehr einen erheblichen Schritt rückwärts, denn die Deutschen hatten nach dem Frieden bis zum Eintreffen der Kommission über ein Jahr lang Zeit, um ihre Arbeiten zu erledigen, das Volk zu organisieren, und diese Frist wurde mit fieberhafter Tätigkeit, mit Anwendung der aussersten Gewalt gegen jeden polnischen Gedanken ausgenutzt.

Unsere Tätigkeit konnte erst jetzt unter dem Schutze der Kommission ihren Anfang nehmen. In der zweiten Hälfte des Februars trafen daher das Masuren-Komitee und die am meisten für die Arbeit in Frage kommenden Masuren ein. Unterkunftsfrage gab es nicht. Diese mussten erst gesucht werden. Es gelang uns ein Hotel-Reichshaus, von uns DOM-POLSKI benannt, in Allenstein zu erwerben, und als Zentrale der Publizistikarbeit einzurichten. Mit der Zeit wurden auch einige Grundstücke mit Sälen in manchen Kreisstädten gekauft, welche als Arbeitsstätten der Masurens-Komitees sowie des polnischen Volks-Bundes dienten. In Allenstein wurde eine Villa in der Nähe des Regierungsgebäudes errichtet, die von dem Fürsten CHARTORYSKI bezogen wurde, welcher sich der Abstimmungstätigkeit für Masuren mitgeteilt hat.

Das Hauptkämpfungsmittel bei einer Aufklärungsarbeit ist die Presse. Bis dahin wurde die masurische Bevölkerung nur von der überwältigenden deutschen Presse gespeist und in ihren Banne gehalten. Da von unserer Seite aus der "MASUR" erschien in Ortelburg in polnischer Sprache ^{welcher} ~~der~~ nur in wenigen Exemplaren verlegt wurde, musste an dessen stärkere Ausbreitung für die ältere Bevölkerung gedacht werden. Dem bisherigen katholischen Redakteur JAROSCHYK wurde der evangelische Redakteur BARKE zur Seite gestellt. Das war notwendig, denn die Redaktion eines Blattes für die evangelischen Masuren durch einen katholischen Nicht-Masuren ist etwas naiv und alles andere als wirksam. BARKE war zudem schon vorher in Lyck, der Hauptstadt Masurens mit seinem Bruder Karl bei der GAZETA LUDOWA tätig. Leider ist ^{der} ~~weiter~~ Führung dieses Blattes durch die Deutschen Schikanen unterbunden worden, sehr zum Nachteil des Polentums. Das Hauptgewicht musste jedoch

134.
auf die deutsche Presse polnischen Sinnes gelegt werden. Notwendig war es dadurch, dass die Arbeit der Germanisation ihr Werk schon soweit vollführt hat, dass die jüngere und mittlere Generation, eben bis zu 40 Jahren, kaum polnisch zu lesen, vielmehr zu schreiben verstand. Die polnische Sprache wurde auf dem Lande wohl im Hause gesprochen, aber gelernt wurde ihre Schreibart nicht. Es steht mit ihr bereits soweit, dass sie mit dem Aussterben der älteren Generation im Lesen und Schreiben auch vom Lande verschwindet, wenn nichts dagegen getan wird. Ihre vollkommene Vernichtung kann die Germanisation nicht schnell genug erwarten.

In Erkenntnis der Wichtigkeit einer deutschen Zeitung, die für die Publizistik das Hauptkampfmittel bedeutete, haben wir Hiesigen bei dem Masuren-Komitee gedrungen, Anstrengungen zu machen, die Herausgabe einer solchen mit dem Eintreffen der Interalliierten Kommission zu ermöglichen. Bei einer so wichtigen Kampfarbeit müssen die Kampfmittel rechtzeitig in den Kampf gesetzt werden. Leider, erst am 29. Mai konnte die erste Nummer der Masurischen Volkszeitung als Organ des Masurischen Volksbundes erscheinen. Das war 3 1/2 Monate nach dem Eintreffen der Interalliierten Kommission, 6 Wochen vor der Abstimmung. Die Chefredaktion übernahm ich, während die ganze Leitung von Redakteur ZWINSKI, der BIBLIOTHEKAR in Posen war, geführt wurde. Sie erschien zuerst in 20 000 Exemplaren, dreimal die Woche und wurde durch Agitatoren des Masuren-Komitees in Stadt und Land verbreitet. Ihr Pulsschlag war aber ein selten kurzer, denn nach 3 1/2 Wochen schon musste sie ihr Dasein beschließen. Zwei Wochen vor der Abstimmung durch einen Streik der Personals und die Zeit nach dem Plebiszit durch die Interessanlosigkeit Polens.

Somit kann man unsere Presseagitation den Deutschen gegenüber mit nichts bezeichnen.

Die Aufgabe, die Aufklärungsarbeit zu führen und die Abstimmung vorzubereiten, hatte das in Warschau begründete, bereits erwähnte MASURIN-KOMITEE. dessen Leiter auf dem Terrain General-Sekretär STANISLAW ZIELINSKI war.

Die Arbeit wurde von 6 Abteilungen ausgeführt. Diese waren:

1. Agitations-Abteilung, Leiter. Sejmabgeordnete HERZ,
2. Kultur-Abteilung, Leiter. Prof. KWIATKOWSKI,
3. Presse-Abteilung, Leiter. Redakteur ZWINSKI,
4. Religions-Abteilung, Leiter. Kan. theol. LOTWIG,
5. Wirtschafts-Abteilung, Leiter. Diplom-Ingenieur KANCA,
6. Finanz-Abteilung, Leiter. Dr. TYCHOWSKI.

Die wichtigste war die Agitations-Abteilung in bezug auf die Aufklärung. Ihr unterstellt waren in jeder Kreisstadt eine Kreisstelle, an

deren Spitze ein Kreisstellenleiter stand. Dem unterstellten waren weitere Kreisstellen, die von Bezirksleitern geleitet wurden. Den Bezirksleitern unterstellt waren die Agitatoren. Leiter der Kreisstellen waren durchweg Nicht-Masuren. Bezirksleiter waren gemischt, Agitatoren ebenfalls.

Der Masurische Volksbund stellte mit unserem Eintreffen von Warschau nur ein unvollständiges Gerippe dar. Seine Seele war die Organisations-Kommission, bei welcher ich den Vorsitz führte. Sekretär desselben war ANDREAS CZECHKA, eine ausserordentlich kraftvolle Stütze während der ganzen Abtätigungszeit. Wir mussten an den Ausbau unserer Organisation schreiten. Zu diesem Zwecke bestimmten wir für jeden Kreis einen Kreisleiter, welcher dem Kreisleiter des Masuren-Komitees nebengeordnet wurde. Diese suchten Vertrauensmänner in den einzelnen Ortschaften, welche an die Bildung von Ortsorganisationen schritten. Die Ortsorganisation der einzelnen Kreise vereinigten sich zu einer Kreisorganisation mit einem Kreisverstand, der aus 11 Mitgliedern bestand. Die Kreisorganisationen vereinigten sich in eine Zentralorganisation. An der Spitze war der Hauptvorstand, der 23 Mitglieder zählte.

Der Hauptvorstand wurde von der General-Versammlung gewählt, welche die Verfügungen zu empfangen, zu beschliessen bzw. zu verändern hatte. Der Hauptvorstand unter sich wählte das Vollziehungs-Komitee, welches ständig an der Aufschwung des Masurischen Volks-Bundes zu arbeiten hatte. Anfang März konnte die Organisationstätigkeit ihren Anfang nehmen.

Zum 13. April 1920 konnten wir bereits die erste grosse Versammlung des Masurischen Volks-Bundes und der Masurischen Volkräte in Saale des DOM POLSKI in Allenstein einberufen. Es nahmen an ihr etwa 200 Delegaten teil. Insofern ist dieser Tag für die polnische Geschichte in Masuren wichtig, als hierbei die offizielle Vereinigung beider Organisationen zu einer einheitlichen, dem MASURISCHEN VOLKS-BUNDE zustande kam, die Kreisorganisation und der Hauptvorstand gebildet wurden. Die Verstände waren provisorisch bis zur ersten General-Versammlung. In den Hauptvorstand gewählt wurden,

Buchhändler FRIEDRICH LEJK, 1. Vorsitzender

Rittergutebesitzer ZAKRYS, 11. Vorsitzender

Besitzer ANDREAS CZECHKA, Sekretär,

Arbeiter MAJKOWSKI, Kassierer,

Kaufmann JAGERTAL-JEGELKA

Kaufmann ZALEWSKI

Dentist POSORSKI,

136

Schneidenschleibebitzer FITZEMANN,
Bürovertreter JANKOWSKI.

General-Sekretär STANISŁAW ZIELINSKI trat als Vertreter des Masu-
rischen Abstammungs-Komitees in den Voratz.

Nachdem die Deutschen merkten, dass in kurzer Zeit unsere Erfolge
sich vergrößerten und unsere Organisation täglich neue Mitglieder
erhielt, suchten sie die für sie charakteristischen Mittel in Be-
zugnahme, besaßen die Mittel der reinen Gewalt und Brutalität, vor dem
Augen der Interalliierten Kommission, nach dem selbstbewussten und
wahren Satz: Hier regieren wir Deutschen und nicht die fremde Kommis-
sion.

Daher erhielt der masurisch-polinische Gedanke einen Stillstand,
Rückschlag und wurde in die Enge gejagt, ohne sich aus ihr befreien
zu können. Die Macht, welche sich aus offen auf die Seite Deutschlands
stellte, war England, deren Ohr für Polen vollständig verschlossen
blieb. Und diese führte in der Kommission den Vorsitz, deren Meinung
sich auch Italien, als für das kleine Masurien interessiertes, anschloss.
Frankreich allein begriff unsere Lage, vertrat auch unsere Forderungen,
konnte aber nichts durchsetzen.

Die Ursachen, deren Wirkungen die Volksabstimmung bei uns als ein
Trugbild, als eine Vergewaltigung ergaben, mögen in nachfolgenden
festgelegt werden.

An und für sich war die Festsetzung einer Volksabstimmung in Sud-
Ostpreussen im Friedensvertrage ein Unfug. Es stand ethnographisch
fest, dass Sud-Ostpreussen ~~überwiegend~~ polnische Bevölkerung hatte.
Sogar ~~überwiegend~~ polnisch. Masurien auch, und zwar mit 86 Prozent.
Diese Wahrheit konnten keine Beweismittel, welche Deutschland erbrach-
te, widerlegen. Wenn ^{deutscher} es deutscherseits von einer Gesinnung der Be-
völkerung Beweise erbracht wurden, so waren diese nur auf schwankenden
Resolutions- Grundlagen begründet. Solche Gesinnungserklärungen sind
sehr recht schwacher Natur und recht wechselhaft, wie der Wind.

Hat sich aber Polen der Widerstandskraft Englands (Lloyd George)
als neuerstehende Macht unterwerfen müssen und auf eine Volksabstim-
mung geeinigt, den Friedensvertrag mit allen vertragsschliessenden
Mächten unterschrieben, so mussten die Bestimmungen für die Volksab-
stimmung von der hierfür eingesetzten Interalliierten Kommission be-
folgt werden, nicht nur den Buchstaben sondern auch dem Geiste nach.
Eine Nichtrespektierung ist eine Verletzung des Friedensvertrages, und
die Abstimmung ist daher in diesem Gebiet null und nichtig.
Das Ergebnis kann nicht als rechtbindend anerkannt werden.

Es fragt sich: Sind die Bestimmungen des Friedensvertrages, wie sie von allen Mächten festgesetzt und unterschrieben worden sind, in dem Plebiscitgebiet des östlichen Ostpreussens, das ist Masuria und zwei kleinen Enklaven, dem Buchstaben und dem Geiste nach befolgt worden oder nicht?

Artikel 95 des Friedensvertrages besagt: Binnen 14 Tagen nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages an werden die deutschen Truppen und Behörden aus dem verzwöhnten Gebiet zurückgezogen."

Also 1. werden zurückgezogen die deutschen Truppen.

2. die deutschen Behörden.

Und das vor Unterstellung des Gebietes unter die Interalliierte Kommission.

Ferner: "Die Kommission besitzt die allgemeine Verwaltungsbefugnis und ist insbesondere beauftragt, die Abstimmung vorzubereiten und alle Massnahmen zu treffen, die sie zur Sicherung einer freien geheimen und unabhängigen Abstimmung für notwendig erachtet."

Dann besitzt die Kommission die Vollmacht zur Entscheidung aller Fragen, die aus der Ausführung der gegenwärtigen Bestimmungen entstehen können.

Zum Schluss trifft sie alle geeigneten Massnahmen, um sich bei der Ausübung ihres Amtes durch Hilfskräfte unterstützen zu lassen, die sie selbst aus der örtlichen Bevölkerung wählt.

Wie sah die Zurückziehung der deutschen Truppen aus?

Der Buchstabe des Artikels dieserhalb wurde erfüllt, denn die militärischen Formationen der Reichswehr wurden zurückgezogen. Sie wurden verteilt auf die verschiedensten Städte Ostpreussens ausserhalb des Abstimmungsgebietes und hatten dort die Aufgabe, die Vorgänge im Abstimmungsgebiet zu beobachten, und im Falle eines für Deutschland günstigen Augenblicks einzurücken.

Für Ruhe und Ordnung auf dem Plebiscitgebiet sorgten oder sollten es wenigstens tun-circa 1200 Mann Interalliierte Truppen, die sich aus Engländern und später noch Italienern in Lyck zusammensetzten. Die kleineren Kreisstädte wurden nur mit Kontrolleffizieren und einigen Mannschaften dieser Truppen belegt. Das platte Land, auf welches sich vor allen Dingen die pölmische Bevölkerung konzentrierte, erhielt keinen Mann interalliiertter Truppen. Das was da war und für Freiheit der Gewissung und Schutz der Bevölkerung Sorge tragen sollte, war absolut unzureichend.

Nach verstand aber die Interalliierte Kommission, eine Unterstützung ihrer Polizeigewalt zu beschaffen. Ausserordentlich hilfreich kamen ihr die Deutschen darin entgegen. In den Friedensbedingungen war ein be-

173
besonderer Satz enthalten: "Die Kommission trifft alle geeigneten Massnahmen, um sich bei der Ausübung ihres Amtes durch Hilfskräfte unterstützen zu lassen, die sie selbst aus der örtlichen Bevölkerung wählt." Sie konnten ihr Hilfskräfte nicht stellen, da unsere Organisationsfähigkeit bis dahin unterbunden wurde und erst jetzt ihren Anfang nehmen sollte.

Der Deutsche, der schon 1 1/2 Jahr organisiert hatte, da er alleine vorraus traf bereits für diesen Satz die nötigen Vorbereitungen. Er hatte schon etwas Fertiges in der Hand. Nicht in der Uniform der Reichswehr, denn diese musste ja das Gebiet verlassen, aber dasselbe in einer anderen Wehr, mit einer entsprechenden Bezeichnung. Das war die Sicherheitswehr oder "grüne Polizei." genannt. Es war nichts anderes als die militärischen Formationen der Reichswehr, nur in eine kleinsäug andere Uniform hineingesteckt, mit grünen Achselklappen versehen und gut besetzt, befehligt von vorwiegend aktiven Offizieren früherer deutscher Armee, konservativer monarchischer kaiserlicher Gesinnung, die ihre Pflicht nur in deutschem Fahndes und der gesteigerten Germanisierung erblickten.

Nicht einmal die Bestimmung: "die Hilfskräfte müssen aus der örtlichen Bevölkerung gewählt werden" wurde befolgt. Der grösste Teil der Offiziere und mindestens 30 Prozent der Truppen gehörten dem Plebiszit Gebiet nicht an. Die Interalliierte Kommission hat es genau gewusst, denn der Befehlshaber der Polizeitruppen Oberstleutnant BENNET gab

mir selbst auf meine diesbezüglichen Verstellungen hin zu, dass circa 28 Prozent der Sicherheitsmannschaften diesem Terrain nicht angehörten.

Da die Kommandostellen der Sicherheitswehr in engem Kontakt mit der Reichswehr standen, bedarf keines besonderen Hinweises.

Nach vorheriger Darstellung ergibt sich folgende Feststellung. Reichswehr und Sicherheitswehr waren ein und dieselbe rein deutsche Heeresgattung mit nur verschiedener Bezeichnung. Die eine hat das Gebiet verlassen, die andere blieb. Demnach blieb nichts anderes im Abstellungsgebiet, als ein rein deutsches, sogar ausgesuchtes deutsches Truppen in einer solchen Zahl, dass der ganze sogenannte Schutz in deutscher Hand lag. Überall, in dem kleinsten Dorfwinkel lagen deutsche Soldaten. Von einer Kommandogewalt der Interalliierten konnte keine Rede sein. Die Sicherheitswehr hat sich doch nicht nach der schwachen Kommission gerichtet.

Der Friedensvertrag ist auf den Satz hin: "14 Tage nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages an werden die deutschen Truppen aus dem vorerwähnten Gebiet zurückgezogen" keineswegs dem Geist, kaum dem Wort nach

erfüllt werden. Das stellt jeder verständliche Mensch fest.
Jeder Sicherheitsrat war ein bewaffneter deutscher Agitator und
die Sicherheitswehr war nichts anderes als ein bewaffneter deutscher
Agitationsheer. Sie hat nicht die Aufgabe der Sicherheit geleistet, zu
der sie bestimmt war, sondern seine deutsche Propaganda als bewaffnete
Macht getrieben.

Die Kommission hat in dem wichtigen Punkte: "alle geeigneten Massnahmen zu treffen, die sie zur Sicherung einer freien, geheimen und
unabhängigen Abstimmung für notwendig erachtet" gerade das Gegenteil
getan.

Der zweite wichtige Punkt des Artikels 95 betraf die Zurückziehung
der deutschen Behörden. Wörtlich genommen hätte der ganze behördliche
deutsche Apparat zurückgezogen werden müssen und in dieser Zeit
ausgefüllt durch Beamte der Interalliierten. Solches war ja schwierig
in allen Verwaltungszweigen durchzuführen. Daher konnte die Kommission
Zuflucht wieder zu dem Satze nehmen, sich bei der Ausübung ihres
Amtes durch Hilfskräfte unterstützen zu lassen, die sie selbst aus der
örtlichen Bevölkerung wählt.

Verungesetzt muss werden, dass der ganze Verwaltungsapparat in Masuren
in der Hand echt deutscher gesonnener Beamten lag. Das ist nicht
nur selbstverständlich, sondern auch sehr logisch und einleuchtend,
dass es garnicht angezweifelt werden kann. In ein Volk, das
germanisiert wird, das nach der Parole behandelt wird: "Die Masuren
müssen Deutsche werden" wird ein so wird ein so geschickt arbeitender
Germanisator, wie es der Deutsche ist, doch nur Beamte einsetzen, die
von deutschen Geist durchdrungen sind, die alle Kraft zu Deutschlands
Gunsten einsetzen. Leute, die in der politischen Gealnung nicht sicher
erschienen, konnten keineswegs deutsche Beamte sein, zum mindesten
nicht in Masuren.

Auch entsamnte die größte Zahl der höheren Verwaltungsbeamten nicht
der alteingesessenen örtlichen Bevölkerung. Ich zweifle, ob überhaupt
nur ein einziger Landrat der 8 Kreise und Bürgermeister der 8 Kreise
ste ein Masure gewesen ist. Alle diese deutschen Beamten hatten noch
die bessere Pflicht, in und neben ihrem Amt den patriotischen Gedanken
zu fördern und wenn das Vaterland ruft, wie hier der Fall gewesen
ist, die patriotische Waffe zu führen. Diese Waffe haben sie
auch alle geführt, ohne Ausnahme, vom höchsten bis zum niedrigsten in
der Zeit bis zum Eintreffen der Kommission, denn die eigentliche Germanisierungs- und
Organisationstätigkeit zu den deutschen Vereinigungen hat der Verwaltungsapparat, die
deutschen Beamten geleistet.

Gelang es den Deutschen, den ganzen Verwaltungsapparat während der

140

Platz zu halten, so hatten sie mit dem Einfluss und die Macht, so
die das Volk in Verein mit der Sicherheitswehr oder genauer gesagt, d
dem deutschen Agitationsheer sie mit eisernen Klammern in ihrer Ge-
walt hielt, aus denen ein Entrinnen nur den stärksten politischen
Charakteren möglich war. Um die Durchsetzung dieses für sie sprechen-
den Faktors ist der deutschen Diplomatie mit leichtem Spiel gelungen.
Ehe wir polnisch denkenden Masuren, die flüchten mussten, auf unseren
Beinen kamen, um in der Aufklärung zu arbeiten, war die Beibehaltung
der gesamten deutschen Beamtenschaft bereits eine vollzogene Tatsache.
Eine unverkennbare Blase gab sich die Hehe Interalliierte Kommissi-
on noch dadurch, dass in der schriftlichen Lejaltätsklärung, durch
welche sie sich die ganze Beamtenschaft des Abstinungsgebietes ver-
pflichtete, ausdrücklich bestimmt wurde, dass die Beamten ihre Pflich-
ten wie bisher wahrzunehmen hätten. Da ihre bisherige Tätigkeit in
ihrem Beruf der Unterdrückung des Polentums galt, so sollten sie nach
Bestimmung der Interalliierten Kommission diese Tätigkeit wie bisher
wahrnehmen. Eine interessante Bestimmung! -- Zwar war ja weiter be-
stimmt, dass sie ihr Amt nicht missbrauchen dürfen, um irgendeinen
Druck in dem einen oder anderen Sinne auf die Bevölkerung auszuüben,
doch das war ja nur Formsache. Gerichtet hat sich danach keine Behör-
de. Auf allen Ämtern, auf denen wir Polen zu tun hatten, wurde unse-
rlich entgegnet: "Hier regieren die Deutschen und nicht die Inter-
alliierten!" Beschwerden unsererseits bei der Kommission blieben einfach
unbeachtet. Die Kommission musste sich vielmehr wegwerfen über die
vielen Klagen unserer Leute, die ihr scheinbar lästig geworden sind, &
indem sie darauf hinwies, dass sich die Deutschen nicht so viel über
die Polen beschwerten.

Sie hätte wohl wissen müssen, dass ein Grund zu Klagen gegen die Po-
len seitens der Deutschen nicht vorhanden sein konnte, da ja alle Ge-
walt in ihrer Hand lag und nach ihrem Wunsch ging, während entgegenge-
setzt nur Polen diese deutsche Annäherung und Gewalt zu spüren bekamen
und daher berechnete Verstellungen zu deren Beseitigung in erheblich
er Zahl folgerichtig sein mussten. Zu bemerken sei hier, dass die
Deutschen Beschwerden über geringfügige Sachen hervorbrachten unter
Entstellungen, Entstellungen und Drehungen, wie es bei ihnen die Regel
ist. Ich glaube, dass die deutsche Psyche bereits zur Genüge weltbe-
kannt ist.

Nach Artikel 88 §3 des Friedensvertrages sollten in dem Abstinungs-
gebiet Oberschlesien auch sämtliche halb-militärischen Vereinigungen
aufgelöst werden. Für unser Gebiet war solches nicht erwähnt, aber es
musste angenommen werden, dass es selbstverständlich für jedes Abstinungs-

144

Abstimmungsgebiet gelten musste, da solche halb-militärischen Vereinigungen bei uns die Sicherheit der Bevölkerung gefährdeten und durch Einschüchterung die Meinung beeinflussen.

Zu halb-militärischen Vereinigungen rechnete man solche, die bis ins kleinste organisiert, auf einen Befehl in kurzem Zeitpunkt zur Unterstützung der militärischen Formationen stehen können. Als solche sind anzusehen in erster Linie die Bürger- und Einwohnerscharen. Es ist in den ersten Tagen des August d. J. in Tausig besprochen worden, welchen Charakter eine deutsche Bürgerwehr hat. Die Tausiger neuesten Nachrichten ergingen sich in einem Lob über die Genauigkeit und Schnelligkeit, in welcher diese mobilisiert worden ist. Ein Unterschied zwischen militärisch und nicht-militärisch ist da gar nicht wahrzunehmen. Wie soll auch ein Unterschied gefunden werden, wenn die Mitglieder einer solchen durchweg Soldaten gewesen sind, von denen der grösste Teil am Kriege teilgenommen hat,

ähnlichen Charakter trugen die deutschen Turnvereine, Kriegervereine, Spielballklubs, Heimatvereine usw. Sie waren nichts anderes als Kampforganisationen gegen Polen und polnisch denkende Masuren. Diese Aufgabe haben sie in mannigfacher und brutaler Art, ohne Hindernisse seitens der Interalliierten Kommission erfüllt.

Diese Vereinigungen waren bis an die Zähne bewaffnet. Erst nach langer Frist, 5 Wochen vor dem Abstimmungstage, nach energischem Drängen unsererseits und, nachdem sich die Kommission selbst wie auf einem Pulverfass fühlte, wurde von ihr an die Ablieferung der Waffen geschritten. Aber diese Waffenablieferung war vollständig ungenügend. Man darf sich nicht vorstellen, ^{daß die Waffen} die auf Vereinigung mit den Bolschewisten warteten, und in Ostpreussen auf eigene Kappe einen Kampf vom Zaune brechen wollten, um Europa wieder in den Kriegstrudel hineinzuziehen, so naiv gewesen sind, sich sämtlicher Waffen für die Mitglieder dieser Vereine zu entblößen. Wer eine Waffe abgab, hatte noch eine bzw. mehrere als Ersatz verwahrt. Ausserdem waren Berge von Waffen in den grossen Wäldungen Masurens aufgespeichert. Also so friedlich sahen diese Vereinigungen keineswegs aus. Das ganze Abstimmungsgebiet glich einem wohlausgerüsteten Heereslager, das nur auf einen Wink zum Losschlagen wartete.

Vor dem Augen der Kommission wurden diese Wehren und Vereinigungen eifrig organisiert, und die masurenischen Bürger mussten, ob sie wollten oder nicht, sich in mindestens eine dieser Vereinigungen eintragen lassen. Wer nicht tat, galt eben als Pole und wurde das gehetzte Wild, welches die barbarischen Folgen zu spüren bekam.

Ein Auflehn gab es nicht, denn, wer sollte es hören? Wer sollte es hören? Denn die paar alliierten Truppen, die in der Stadt eingekerkert waren, die das Land nicht einmal zu sehen bekamen! Oder die interalliierte Kommission in Allenstein. In alle bisherigen Wünsche der Deutschen war schon mangelhaft berücksichtigt!

Durch alle diese Wehren hatten die Deutschen eine sichere Kontrolle, ein ausgezeichnetes Spionagenetz und eine Hinsechthofungsmacht, gegen die nicht aufzukommen war. Es war die Macht der Schaffenskräfte, die Macht der durch die Latente begünstigten deutschen Allgerichte-Pickelhaube.

Eine weitere Begünstigung der Deutschen seitens der Kommission war die Bestätigung des Weiterbestehens der preussischen Gesetzgebung. Dadurch machte sie sich vollkommen abhängig von den gesetzgebenden Faktoren in Königsberg und Berlin. Ihre Autorität seitens der Bevölkerung und der Behörden wurde durch diesen Schritt untergraben, der Respekt vor einer regierenden Behörde ging verloren.

Diese Abhängigkeit von den deutschen Behörden hat gewisse erniedrigende Folgen für die Kommission nach sich gezogen. Wurde z. B. auf der Eisenbahn ein Paket mit Arrest belegt, so hatte die Kommission kein Verfügungsrecht, sondern sie musste sich mit einer Bitte an den deutschen Reichskommissar in Königsberg oder Berlin wenden. Solche Tatsachen ergeben sich bei Herbeiführung der Sachen des Masuren-Komitees.

Nachdem wir für Unterbringung der Sachen vom Masuren-Komitee einen Schuppen vom Militärflakus beantragen, konnten wir ihn durch Bestimmung der Interalliierten Kommission nicht erhalten. Wir wurden hingewiesen auf eine Behörde in Königsberg, die uns solches selbstverständlich verweigerte.

Die Post war nicht gebunden zur Beachtung des Briefgeheimnisses, vielmehr hat sie auf Grund des Erlasses vom 15. Juli 1918 sämtliche Briefe, die nach oder vom Terrain gingen, geöffnet. Beschwerden über die ungesetzlichen Handlungen waren erfolglos, weil die Kommission bei Übernahme der Verwaltung dieses Recht akzeptiert hat.

Eine Verordnung hat die Kommission^{der} Neuheit erlassen, das war die Gleichberechtigung beider Sprachen auf den Ämtern. Diese wurde praktisch überhaupt nicht befolgt. Es hiesse Masuren ist urdeutsch, und die Masuren entweder urdeutsch oder urpreussisch. Leider gab es auch die preussische Sprache nicht. Zu früh wurde sie seitens der Kreuzritter mit ihrem Volk ausgerottet. - Die Masuren waren bereits hermassen eingekerkert, dass sie aus Furcht vor Anshorchern nicht einmal zu sprechen wagten. Sie haben diese ihre Muttersprache nur im engsten Kreise gebra

143.
gebraucht, wenn sie glaubten, von Niemandem beobachtet zu werden.

Zu all diesen gesetzlichen Vorteilen für das Deutschtum war das Benehmen verschiedener englischer Offiziere für Polen geradezu herausfordernd. Unverkennbar haben die Engländer mit den Deutschen zusammengehalten und zu ihrem Vorteil gehandelt. Nur einzelne charakteristische Fälle der Deutschenbegünstigungswerte ich hier anführen.

Die Einquartierung des Befehlshabers der Interalliierten Truppen und gesamten Abtimmungspolizei Oberstleutnant BENNET geschah in dem Hause des Buchdruckereibesitzers Harich in Allenstein. Da Harich Inhaber der Allensteiner Zeitung ist, die sich in den Kampf gegen Polen stellte, und bei ihm die "Ostdeutschen Nachrichten" gegen Organe der deutschen Heimatvereine sowie "Pruski Przejsciel Lodu" gleichfalls eines der Hauptorgane der Germanisation gedruckt wurden, wohnte BENNET mitten in der Zentralstelle des Deutschtums, ^{sich allmählich mit dem auf ihn einwirkenden} bei ihm ^{und den Einwirkungen} wirkte er ^{so} ein, dass nur allzu stark sich bei ihm ausprägte. In Masuren war es so allgemein bekannt und folgerichtig ausgelegt, dass Engländer mit den Deutschen zusammenhalten und den Forderungen polnisch denkender Masuren keine Rechnung tragen.

In der Kreisstadt Neidenburg sagte Oberstleutnant BENNET zu einem Neidenburger polnischen Bürger, der sich über den Deutschen Terror beklagte: "Wenn es Ihnen hier nicht gefällt, dann ziehen Sie doch nach Polen aus." Und das in Gegenwart von Deutschen. Auf diese wirkte es so erregend begeistert, dass sie noch an demselben Tage eine antipolnische Demonstration veranstalteten.

In SENSBURG stand der englische Offizier G. während eine deutsche Sackhauserbande eine polnische Versammlung sprengte und "Deutschland Deutschland über alles" zu singen anfang, an einem auffälligen Platze und schlug mit der Rute den Takt dazu.

In Leetzen gab uns der englische Kontrolléffizier M. V. auf Ersuchen zur Stellung eines Schutzes zu einer Versammlung sein Ehrenwort, dass keinem von uns seitens der Deutschen ein Haar gekrümmt würde. ^{schickte Ehrenwort über} und wir wurden in Saale von mehreren 100 Banditen überfallen und entsetzlich zugerichtet. Der gestellte Schutz seitens der Sicherheitswehr beteiligte sich aktiv gegen uns. Auf alle deutscherseits gestellten Forderungen ist er ohne weiteres eingegangen und forderte sogar, dass wir paar Reiter durch deutsches Gebiet über der Plebiszitgrenze nach unserem Wohnort Allenstein transportiert werden sollten, wie es die Deutschen verlangten, und entsetzte sich in Gegenwart der höhnisch lachenden Deutschen, dass wir diesen von ihm akzeptierten deutschen Vorschlag energisch abwiesen.

1497.

Der englische Offizier B. von Heilenburg erteilte die Erlaubnis zu einer polnischen Versammlung in Jablonka in einem Schullekal. Der erteilender erklärte, dass die Unterschrift eines Kontrolleffiziers für ihn nicht maßgebend sei und setzte sich mit dem Kontrat in Verbindung. Der die Antwort erteilte, dass Versammlungen gehalten werden können in Schullekalen, nicht aber im Schullekal, weshalb die Versammlung nicht stattfinden konnte. Der Kontrolleffizier suchte diese Sache damit zu erledigen, dass er seine Erlaubniserteilung einfach zurückzog.

Daher wurde öffentlich von den Deutschen ausgesprochen. Die Polen können machen was sie wollen, sie erhalten doch kein Recht denn England steht hinter uns." Oder: Die Engländer machen ^{und} was wir haben sollen.

Das ausserordentliche Eingehen der Kommission auf alle Wünsche der Deutschen, insbesondere die Parteilichkeit der englischen Offiziere, und das offene Einsteigen für die Deutsche Sache bedeutete für das Deutschtum schon am Anfange des Plebiszits bereits den vollständigen Abstimmungsgewinn. Da diesem gegenüber die paar französischen Kontrolleffiziere ein Hindernis waren, wurden gegen diese öffentliche Proteste beauftragt ihrer Abberufung eingelegt, die allerdings fruchtlos blieben.

aus alledem geht unzweifelhaft hervor, dass der Friedensvertrag im Hinblick auf die Abstimmung Massuren keineswegs erfüllt worden ist. Gerade das Gegenteil wurde bestimmt. Alle diese erlassenen Bestimmungen waren eine Verschuldung zu Gunsten Deutschlands, weshalb auch der deutsche Terror gegen die polnische Bevölkerung in vollster Entfaltung ohne irgendwelche Beeinträchtigung tobte.

Über die Handhabung des Terrors wäre sehr viel zu schreiben möglich. Jeder von uns polnisch denkenden Masuren wird ihn zur Genüge am eigenen Leibe gespürt haben. Daher will ich die Namen der Betroffenen die mehr oder weniger gelitten haben, nicht anführen. Möglich dass ich diesem Thema ein besonderes Büchlein widme. Es wäre wünschenswert, dass sich die Regierungstellen Polens ^{für} sammeln und Herausgabe gesammelten Materials, in ~~der~~ Richtung hin mehr interessieren würden. Kurz und gut, der Terror war vielseitig und gewaltig genug. Es wurde seitens der Deutschen eine Lynchjustiz ausgeübt in den schmutzigen und barbarischen Formen, die die deutsche Hinterhaltgrausamkeit mit dem ironischen Lächeln und der Pilatusreinwascherei mit evtl. ^{Unterstützung} Entlastungsgründen noch als Zugabe bereits in der Geschichte gekennzeichneter. Eine Lynchjustiz ohne Todesopfer - da ein Widerstand mit Waffen seitens unseres friedlichen Landvolkes nicht geleistet wurde, so dass es zu Kampfkampfbewilligungen nicht gekommen ist.

145.
In allen Verteilen für die Deutschen kamen noch 4 wichtige Ver-
stärkungen hinzu. Kurz nach dem Eintreffen der internationalen Kom-
mission hörten wir, dass die Abstimmung auch ausserhalb des Reichs-
gebiete stattfand. Die Abstimmungsberechtigung erstreckte sich auf alle
die Abstimmung bereits im Juli, also 5 Monate nach dem Eintreffen der
Kommission stattgefunden sei.

In die erste Verstärkung für die Deutschen, Stimmrecht der aus-
serhalb wohnenden, ist leider von polnischer Seite eingewilligt wor-
den. Es ist mit einer der grossen Torheiten, an welchen die polnische
Politik allzureich leidet.

Man muss sich vorstellen, dass Leute, die mitten in Deutschland
ihre Existenz haben, durch vermischte Rassen dem Polentum vollkommen
entfremdet sind, zudem nie daran denken, ihre Existenz von Deutsch-
land nach Polen zu verlegen, durch die Germanisation den geistigen
Zusammenhang mit der polnischen Kultur verloren haben, und denen es
es darauf ankommt das Land ihrer Geburt, von dem sie noch mit Lebens-
mitteln versorgt werden, bei dem Heimatlande zu erhalten, keine Stim-
me für Polen erwartet werden kann.

Eine Auffindung und Aufklärung dieser Leute mitten in Deutschland
von polnischer Seite aus war garnicht denkbar, auszuführen unmöglich.
Wohl konnten aber die deutschen Stellen jeden einzelnen herausfinden
und die deutsche Agitation konnte ausserst heftig unter ihnen arbei-
ten, zumal der ganze behördliche Apparat zur Verfügung stand. Und
wenn sich auch treffen sollte, dass ein ausserhalb Masurens wohnen-
der Neigung zur polnischen Stimmenabgabe hatte, so konnte er sich den
deutschen für den Abstimmungszweck eingerichteten Organisationen mit-
ten in Deutschland noch nicht widersetzen. Um des Friedens willen mus-
ste er sich schon dieser deutschen Macht suggestiv furchthalber fü-
gen.

Es musste ohne weiteres angenommen werden, dass sich die Deutschen
mit aller Kraft darauf legen werden, diese Bestimmung auszunutzen.
Ihre Verwirklichung war für Deutschland bereits ein vollständiger Ab-
stimmungssieg. Man konnte mit einer Anzahl von über 100.000 Stimmen
ausserhalb wohnender rechnen, das waren schon 33% und gegen diese
Stimmen mitten in Deutschland waren wir machtlos. Da hätten die grös-
ten Meister nichts ausgerichtet.

Wenn 1/3 der Gesamtstimmungsanzahl Abstimmungsberechtigter nach
Masuren zur Abgabe ihrer Stimmzettel kommen, so konnte sich jeder, der
etwas zu rechnen und denken imstande war, vorstellen, dass die Si-
tuation für Polen schon hierdurch ausserst ungünstig liegt. Schon un-
ter dieser Wirkung musste er abgehalten werden, für Polen die Stimme
abzugeben.

146.
"Man fand auch eine Beeinflussung der Riesen durch die andern
statt, die mit zum Vorteile des Deutschland beigetragen hatten."

Diese Bestimmung, hat am Anfange ihrer Festsetzung beim Friedensver-
trage bereits 50% der Stimmen auf Deutschlands Seite zugeschrieben.
Die hatten Polens Politiker wissen lassen.

Einheimische, um deren Zukunft es ging, wurden nicht gefragt, kei-
ner von uns polnischen Masoren wurde zu Rate gezogen, über unsere Köp-
fe hinweg wurden beim Hohen Rat Beschlüsse gefasst, die auch darnach
waren. Es wurde uns etwas aufgesungen, was uns bei der Festsetzung
schon vernichtete. So es aber um unsere Haut ging, hätten wir gehört
werden müssen, Leute die Land und Volk kennen, die aus dem Volke stam-
men. Wir, in denen allein die Entscheidung lag, durften keineswegs als
Objekte betrachtet und behandelt werden. Dieselbe wir aber in dieser ei-
ner der allerwichtigsten Fragen, als solche behandelt wurden, so stellt
das einen glatten Rechtsbruch dar seitens des Hohen Rates, eine Veres-
schubleistung zu Gunsten Deutschlands, die wir, ich hoffe, als gerech-
ter empfindende Menschen, als einige der Friedensrichter, -als eine Ver-
letzung des Friedensvertrages ansehen und die sich daraus entwickeln-
den Ergebnisse nicht anerkennen.

Die Deutschen hatten bis zum Eintreffen der Interalliierten Kommi-
sion einviertel Jahr als Alleinherrscher Zeit, um zu organisieren und
die Abstimmung vorzubereiten. Nach dem Eintreffen der Kommission hat-
ten sie die Verwaltung, die Sicherheitswehr, und hiermit die gesamte
Gewalt über das Volk. Alles war fix und fertig vorbereitet. Jede Ver-
längerung der Abstimmungsfriest hätte ihnen manche Vorteile abgebrock-
elt, denn auch wir hätten Zeit, unsere Arbeit zu entfalten, auf den
wegen der Aufklärung und der Diplomatie. Sie haben vorausgesehen, das
mit der Zeit sich mancher Trumpf aus ihrer Hand entwunden hätte, denn
manche Wahrheit hätte sich hindurchgerungen und ihnen einen Schlag ver-
setzt.

Daher arbeiteten sie auf die Kommission mit allen Mitteln hin, die
Abstimmung so früh als möglich festzusetzen. Bei dem Entgegenkommen,
dass ihnen englischerseits entgegengebracht wurde, zumal auch der Len-
ker der englischen Politik Lord George, ein unverkennbarer Po-
lenfeind war, war es ihnen nicht schwer, die Kommission zu ihrer An-
sicht zu bekehren. Kurz nach dem Eintreffen der Kommission verkündeten
sie schon vom Juli als dem Abstimmungsmonat. Wir konnten zuerst
daran nicht glauben, denn so etwas sahen wir als rechtlich nicht denk-
bar. Und ^{doch} sollten sie recht behalten. Die Kommission tanzte nach deut-
schen Willen, der Respekt vor der Gerechtigkeit war für sie nur eine
blosse unvernünftige Idee.

Summiert man alles vorhin Aufgeführte, so ergeben sich nach Übernahme der Interalliierten Kommission folgende Vorteile zu Gunsten Deutschlands.

- 1) Beibehaltung der deutschen Truppen mit der Bezeichnung „Sicherheitswehr“, die für Deutschland „Sicherheitswehr“ bedeutet.
- 2) Beibehaltung der deutschen Behörden, das ist der ausgesprochenen nationalistischen Beamtenschaft, die auf Veranlassung der Kommission sogar ihre Pflicht die die dahin zu erfüllen hatte, denn die Legationserklärung war eine Parase.
- 3) Beibehaltung und weitere Organisation halbmilitärischer bewaffneter Vereinigungen; als Bürgerwehr, Einwohnerwehr, Kriegervereine, Turnvereine, Sackhauserbunden pp.
- 4) Weiterbestehen der preussischen Gesetzgebung, und hierdurch Abhängigkeit der gesetzgebenden Faktoren in Königsberg und Berlin.
- 5) Die Parteinahme der Engländer für Deutschland und deren polenfeindliche Haltung.
- 6) Das Abstimmungsrecht der Emigranten.
- 7) Die kurze Abstimmungsfrist.

Die ersten 5 Punkte bildeten den Schlüssel zum deutschen Terror und Baniten- und Grenzverweilen, zur vollkommenen Beherrschung des polnischen Volkes, und Nichtermöglichung einer willensfreien Abstimmung. (Der 6. Punkt bedeutete 33% an und für sich und 17% durch den Einfluss der Emigranten auf die Bodenständigen und zugleich deren Entmutigung, weil die Aussichtslosigkeit zu Polens Gunsten klar lag, und jedes Auflehnen zwecklos war= insgesamt 50% zum Vorteile des Deutschlands.

Der 7. Punkt, bedeutete jede Verbindung polnischer Aufklärung, und robuste Zurückweisung der polnischen Rechtsansprüche seitens des Hohen Rates, vermittelt durch die Kommission.

Uns Einheimischen, war es verständlich, dass unter solchen Umständen an eine unbeflussbare Abstimmung gar nicht zu denken war, dass ein Abstimmungsergebnis eine völlige Verfälschung der wirklichen Meinung ergibt. Der Weg neben der beeinträchtigten Aufklärungstätigkeit ergab sich daher von selbst. Dieser Weg war Ansturm gegen diese Zustände, ihre Beseitigung oder wenigstens Abschwächung. Ein Solches konnte einerseits nur durch unseren Druck auf die polnische Regierung zum tatkräftigen Eingreifen bei dem Hohen Rate in Paris geschehen, andererseits durch unseren Druck zur Erfüllung berechtigter Forderungen bei der Interalliierten Kommission und dem Hohen Rate in Paris. Am 13. April 1920 wurde folgende Resolution an die polnische Regierung eingebracht:

148.
Komitetu Delegatów Ludu Mazurskiego, zebranych w dniu 12 kwietnia 1921.
w Olsztynie na uroczystym posiedzeniu w celu zjednoczenia
Mazurskiego Związku Ludowego i Raci Ludowych na Mazurach, oświadcza
w imieniu ludu mazurskiego, że twarde stać będzie przy antantaizmie
najjaśniejszej Rzeczypospolitej Polskiej i wszelkimi siłami iść
do połączenia Mazur z Rzeczypospolitą Polką. Równocześnie wnoszą na
ręce Komitetu Mazurskiego do Rządu Rzeczypospolitej Polskiej uroczysty
protest przeciw dotychczasowemu sposobowi przeprowadzania plebiscytu
na naszym terenie, domagając się, aby Rząd Polski u Rady Pięciu w
Paryżu wymógł, by wreszcie dano ludowi mazurskiemu możliwość swobodnego
wyrażenia się za Polską, i by niezwłocznie zniesiono wszelkie
kneblujące lucha polskiego praktyki.

Zebrani protestują energicznie przeciwko ustaleniu / jak to do-
noszą gazety niemieckie / przez Międzynarodową Komisję w Olsztynie
terminu głosowania na początek lipca r. b.

Zebrani stwierdzają, iż naznaczenie tak rychłego terminu wobec
terroru i szyszan, jakie uprawiają dawniejsi, dotychczas nie uświadomi
urzędników oraz wojska niemieckie, wobec niemożności swobodnego wypo-
wiedzenia przekonani przez ludność polską-mazurską na publicznych
wieceach i zebraniach, wreszcie wobec agitacji pokętnej, uprawianej
po domach - byłoby niesłychaną krzywdą i gwałtem, dokonanym na żywym
ciele ludności polskiej. Krzywda ta i gwałt odbyłyby się groźnym echem
w całym narodzie polskim i we wszystkich narodach, wyznających zasady
prawdziwej demokracji.

Zebrani domagają się ustalenia terminu głosowania pod koniec roku
1921. W obecnych warunkach zmuszeni jesteśmy zaprotestować zgóry
przeciw wynikowi plebiscytu i domagamy się, aby Rząd Polski wysunął
z tego jaknajdalej idące konsekwencje.

Prezjijum Mazurskiego Związku Ludowego.

Mit Zähigkeit haben wir bei der Interalliierten Kommission auf Be-
seitigung dieser ungehörigen Zustände gedrungen. Doch Erfolge bei der
Kommission konnten wir nicht erzielen. Der französische Vertreter, der
unsere Forderungen als berechtigt anerkannte und vertrat, konnte keine
Entscheidung durchführen, die sich unserem Standpunkte näherte. Vor
allen Dingen war der englische Vertreter R e n n é unserem Stan-
punkte gegenüber vollkommen ablehnend. Unter ganz nichtigen Vorwänden
wies er uns zurück.

Am 15. April bereits wurde das endgiltige Abstimmungsreglement ver-
öffentlicht, welches durch den japanischen Delegierten entworfen wurde.
Es wurde die Frist für die Bildung der Ausschüsse, die Aufstellung der

Wobec powyższego, w sprawie tej, nie ma potrzeby podejmowania

Wobec powyższego, w sprawie tej, nie ma potrzeby podejmowania

Wobec powyższego, w sprawie tej, nie ma potrzeby podejmowania

Wobec powyższego, w sprawie tej, nie ma potrzeby podejmowania

"p"

Przewidywanym skutkiem będzie...
to również, kiedy nastąpi to, będzie można liczyć okres przewidziany
to również, kiedy nastąpi to, będzie można liczyć okres przewidziany

ARCHIWUM
PAŃSTWOWE
WOLSZTYNIE

1.) Rozwiązanie...
jest...
miał...
rozpoczął...
ki...
2.)...
wymy...

liczbie pod przywództwem oficerów koalicyjnych, przy jednoczesnym usuwaniu z obywateli plebsa, tożsaczym wszystkim żołnierzom Sicherheitswehru, który dzisiaj stanowi znaczny procent ludności. Szczególnie naciskać będziemy na usuwanie oficerów i szlachty.

3. Rozwiązanie wszystkich Hinauknerwehr i Bürgerwehr, ponieważ są to formacje oparte na wojenne, pracujące jawnie i tajnie pod niewinnymi brzmieniami nazwami i tworzące w rzeczywistości rezerwy Sicherheitswehru. Są one największej niepotrzebności. Władze tym strażom wygładzą nasz obszar plebsa, tożsaczym, jak zorganizowany nadprogramowo obóz, wyposażeń, we wszystkie środki wojenne i oczekując, tylko na casus wojny.

4. Bezwarunkowe usunięcie fanatyzmu, która jest organizacją opartą na wojenne. Z powodu ucięcia, wywieranego przez fanatyzm, ludność naszego absolutnie nie może swobodnie się wypowiedzieć. Każde fanatyzm to ciężkie działo germanizmu, wysłane w ludność polską.

5. Bez względu na ukaranie urzędników, którzy zachowują się w sposób burzający przeciw polskości i usunięcie tych z terenu.

6. Usunięcie szlachty wyższych, które dzisiaj jak dawniej terrorizują ludność, rządząc w imię "wiarę i posłuszeństwo dla państwa niemieckiego" oraz zastąpienie tych przez komisje, złożone z Polaków, Niemców i Sprzymierzeńców.

7. Zapełnienie rozłam pod względem administracyjnym pomiędzy obszarami plebsa, tożsaczym, a resztą prowincji.

8. Surowe ukaranie wszelkich wykroczeń, przestępstw i zbrodni, dokonanych na naszych ludziach bez prawa amnestji dla przestępców.

Tylko w takim razie, jeżeli te żądania, oparte na postanowieniach Traktatu Pokojowego, zostaną spełnione, co może nastąpić w przeciągu 2 miesięcy, wtedy dopiero może być mowa o rozpoczęciu rządów prawomocnych. Te zaś mają trwać nie krócej niż półtora roku, zanim nastąpi głosowanie, ponieważ już zgóra półtora roku minęło od czasu, Niemcy, z obłąkami zawieszania broni, zaczęli pracować nad wywołaniem naszego głodu, uniemożliwiając nam jakieśkolwiek uświadomienie go z naszej strony. Zaś i przettiem przez całe wieki Niemcy systematycznie zabijali ducha polskiego u ludności. Nie chcemy wierzyć, że, jak była o tym mowa, plebsa, tożsaczym już w lipcu, bo tego nie pojmuje nasze pojęcie sprawiedliwości. Byłoby to zresztą pogwałcenie najświętszych praw naszego ludu, który potrzebuje uświadomienia, ażeby poznać samego siebie, bo jednak w żłach jego płynie krew polskiej."

Um unserer Denkschrift mehr Nachdruck zu verschaffen, die Zustände als Vertreter des einheimischen masurenischen Volkes mündlich zu beleuchten, die Begründung unserer Forderung klarzulegen und wenigstens

152.
winnen, wurde in der Vorstandssitzung des Masurischen Volks-Bundes am 3. Mai 20. eine Delegation nach Paris bestimmt, die zuerst nach Warschau fahren sollte, um sich mit den betreffenden Instanzen in Polen hierüber zu verständigen. Zur Delegation wurden gewählt Friedrich L e j k und Andreas O z e o z k a, Sekretär des Masurischen Volks-Bundes, als Einheimische. Als drittes Mitglied sollte sich in Warschau ein Delegierter des polnischen Staates anschließen. Leider sind wir in Warschau seitens des Vorsitzenden des Masuren-Komitees General-Superintendent Dr. Bursche unter Anführung verschiedener Gründe auf Widerstand gestossen.

Von Regierungseite aus wurde mit der Mission nach Paris Graf *Bohnenstedt* beauftragt. Demnach arbeiteten in Paris unsere Denkschrift und der polnische Regierungsvertreter. Ich halte die schroffe Abweisung unsererseits als Vertreter des Volkes von Warschau aus für einen ausserordentlich schweren Fehler, dessen logische Folgen bereits eingetroffen sind und in der Sympathie der ideal polnisch gesonnenen Masuren einen schweren Riss davontragen und noch tragen werden, demselbigen derartig geschehene Zuneigungserweisungen als historische Tatsachen nicht hinwegleugnen und vergessen lassen.

Wir mussten zu anderen Mitteln greifen, um dem diplomatischen Schritt der Warschauer Regierung in Paris Nachdruck zu verleihen. Dieses Mittel bildete der Abstimmungsstreik. Dieser wurde auch in Ermangelung erklärt. Keiner unserer Leute sollte sich an den Wahlschüssen und Kontrollkommissionen beteiligen. Wer bereits hierzu gewählt wurde, musste zurücktreten. Die gesamte Propagandatätigkeit wurde eingestellt. Nur die Presse arbeitete. Das waren in Masuren die "Masurische Volks-Zeitung" und der "Mazur". Die Kommission wurde von diesem Schritt in Kenntnis gesetzt mit der Begründung, dass der deutsche Terror und die Nichterfüllung unserer Forderungen uns diesen Schritt aufgezwungen hätten.

Mit einigen Proben der Gefügigkeit ist die Kommission auf unsere Schritte uns entgegengekommen. Die Massnahmen, welche die Kommission traf waren:

- 1.) Die Einwohnerwehren in den Städten mussten ihre Waffen an die alliierten Truppen zur Vernichtung ausliefern.
- 2.) Die Sicherheitspolizei wurde in eine Abstimmungspolizei umgewandelt, alle Nichtostpreussen entlassen und wir aufgefordert, unsererseits Ersatzleute zu stellen.
- 3.) Allen Kontrolloffiziere sollten polnische Beiräte zur Seite gestellt werden.

als Klassen-Interessen haben wir doch nur als Lebewesen erkannt, um unsere Energie zur Beteiligung an den Abstimmungswahlen und Kontrollkommissionen und somit zur Abstimmung zu erhalten.

Die dritte Massnahme. "Allen Kontrolleffizienten sollten polnische Beiräte zur Seite gestellt werden" musste auf unsere Herren Rittergutsbesitzer zunächst günstig eingewirkt haben, denn zu meiner Überraschung erfahre ich aus einer deutschen Zeitung die Namen der Herrn Rittergutsbesitzer, welche als Beiräte der Kontrolleffizienten ernannt worden sind. Dieser Beschluss ist gefasst worden in einer Sitzung des Masuren- und Brandenburger-Komitees, zu welcher kein Vertreter unseres abstimmungsberechtigten masurischen Volkes zugezogen worden ist. Dieser interessanten Trick haben sich Leute geleistet, die für Masuren absolut nicht in Frage kommen konnten. Für Masuren waren das alles vollkommen fremde Menschen, weder sesslich, noch konfessionell, noch durch ein Abstimmungsrecht mit der abstimmungsberechtigten Masse unseres Volkes verknüpft. Keineswegs waren es Vertreter von uns. Ihre Handlungen waren Motive persönlichen Ehrgeizes, der sich keine Rechenschaft darüber gibt, ob es für ein Volk schädlich oder nützlich sein könnte.

Alle diese von der Kommission getroffenen Massnahmen konnten keineswegs eine Beistimmung für uns besitzen, solange der Abstimmungstermin nicht verschoben wurde, da nur dieser allein in die Waagschale fiel. Es war daher für uns verständlich, dass wir Abstimmungsberechtigten uns jedem Eingehen, der einen Schritt unserer Bereitschaft zur Abstimmung bedeutete, ablehnend verhielten.

Um aber Ermland auf Erfolge rechnete, zudem die polnische Regierung auf Grund falscher Informationen seitens der Agitations-Abteilung des Masuren-Komitees über die Situation zur Abstimmung neigte, die Herren Rittergutsbesitzer die Lare hatten, Beiräte bei den Kontroll-offizieren zu sein, wurde der Abstimmungstreik beendet und die Zusage zur Abstimmung zur Freude der Deutschen gegeben.

Die Rechnung für Masuren wurde aber ohne den Wirt gemacht, denn wir bodenständigen abstimmungsberechtigten Masuren haben als Vertretung unseres Volkes uns all diesen Beschlüssen und Handlungen nicht angeschlossen. Wir sind um unsere Meinung darin auch nicht gefragt worden und auf unseren Willen wurde auch nicht reagiert.

Die Folge davon war die, dass ich in der Eigenschaft als Vorsitzender der abstimmungsberechtigten Masuren-Organisation die Weiterarbeit mit dem Masuren-Komitee in politischer Beziehung abbrach. Von Entscheidung konnten aber nur unsere Handlungen sein, das waren die Handlungen unserer Masuren-Organisation. Was ein Masuren-Komitee tat und

Handlung: In der Aufregung wurde mir bewusst, dass die Herren Rittergutsbesitzer, die die Lare hatten, Beiräte bei den Kontroll-offizieren zu sein, wurde der Abstimmungstreik beendet und die Zusage zur Abstimmung zur Freude der Deutschen gegeben.

einige Leute, die nicht Vertreter unseres Volkes waren, das konnte von der Kommission nicht akzeptiert werden. Ist es akzeptiert, dann ist es rechtlos.

Es war für uns klar, dass eine Abstimmung unter diesen Verhältnissen für uns ein Fiasko ergeben musste. Daher ergaben sich für uns zwei Wege:
1.) Die politische Situation auf andere Bahnen zu lenken und der Plebiszitation eine vollkommene Wendung zu geben oder,
2.) wenn solches nicht gelingt, und an der Abstimmung nicht zu beteiligen,

ganz gleich, ob es der polnischen Regierung erwünscht oder nicht erwünscht ist. Unsere Handlungen konnten wir begründen, und die Kraft unserer Beweise musste uns Recht geben.

Ich ging zuerst an den Versuch zur Ausführung des ersten Planes. Von der Voraussetzung ausgehend, die Abstimmung kann unter diesen Verhältnissen nur fruchtlos ausfallen, dachte ich eine Verständigung zwischen den dem Abstimmungsgebiet entstammenden und abstimmungsberechtigten Führern der ostpreussischen Selbstständigerichtung, die mir als Vertreter eines selbständigen Ostpreussens bekannt waren, herbeizuführen.

Mein Plan war die Schaffung eines autonomen Gebietes aus dem Abstimmungsgebiet Masuren und Ermland. Nach Art Danzigs sollte es ein Freistaat werden, unterstellt der Regierung einer der alliierten Mächte. Da weil Danzig unter einem englischen Kommissar stand, käme für uns einer der anderen alliierten Mächte, in erster Linie Frankreich in Frage. Da dieses Staatswesen wirtschaftlich allein nicht existieren könnte, so müsste es sich naturgemäß an ein Hinterland anschließen. Der übrige Teil Ostpreussens wäre zu klein, es käme hierbei Polen in Betracht. Durch einen wirtschaftlichen Aufschwung Polens, den wir als eine Selbstverständlichkeit ansahen, wäre auch eine wechselseitige Annäherung dieser brüderlichen Volksteile zustandekommen. Die Arbeit der Presse in der Aufklärung und Einführung von polnischen Schulen usw. hätte tiefere geistige Wurzeln in Masuren und Ermland geschaffen, die polnische Idee hätte sich gestärkt, und nach einer mehrjährigen intensiven Arbeit wäre eine direkte Anschlussklärung durch die Mehrheit des Volkes an Polen nicht unwahrscheinlich gewesen. Die Durchsetzung dieses Planes hätte eventuelle weitere Konsequenzen in Bezug auf den Rest Ostpreussens nach sich gezogen, da dieser für ein dauerndes Alleinbestehen nicht fähig wäre.

Um diesen Plan durchzuführen, musste ich einen Volkswillen hinter mich haben. Da unsere polnisch gesonnenen Masuren unter dem Banne der deutschen Macht und Brutalität standen, war unsere Kraft zu dieser Willenserklärung zu schwach. Ein Riss in der Deutschen Heimatvereinigung

hätte durch Verwirklichung der Kräfte unsere Macht gestärkt, und mit
"also stärkerem Nachdruck wären wir mit diesen unseren Verlangen an
die Interalliierte Kommission herantreten und diese vor entscheidenden
andere Tatsachen gestellt. Dieser Plan hätte Aussicht auf Erfolg,
wenn W o r g i t z k i, der Führer der deutschen Heimatbewegung sich
als Gebührender des Abstimmungsgebietes von den eingeweihten Deutschen
die ihn bevormundeten, losgelöst, und seinem eigentlichen Lande und
Stamme gedient hätte. Den Zeitpunkt hielt ich nicht für ungünstig. In
Worgitzki in ernste Reibungen mit seinen Mitarbeitern geraten war,
und sein Stern in deutschen Kreisen zu erheben anfing. Ich muss hier
erklären, dass diesen Mitwerden den Grund hatte in Beschuldigungen
gegen ihn wegen grossen Betrügereien. Er war selbst neben seinem
Schriftstellertum Direktor einer Volkseigenen Genossenschaft. Trotzdem
hätte er trotz seiner Betrügereien unserer Selbstständigkeit durch
durch Änderung seiner politischen Richtung und den Riss, den er in die
die Heimatbewegung hineingetragen hätte, nützlich sein können.

Selbstverständlich musste man vorsichtig zu Werke gehen. Man konnte
nur durchblicken lassen eine Vereinigung zweier national politischer
Richtungen zu einer Selbstständigkeit unseres Abstimmungsgebietes, vor-
läufig unter einem Kommissar der Interalliierten. Diese Selbstständig-
keit wäre die Vorstufe zu einem selbständigen Staatswesen "Ostpreu-
sen" unter der Parole "Los von einem sozialistischen Berlin." Alle
anderen Gedanken durften hierbei nicht angedeutet werden. Sie wären
Entwickelungen späterer intensiver Tätigkeit geworden.

Um mich über die Stellungnahme der Interalliierten Kommission zu
diesem Plane zu überzeugen, habe ich eine Besprechung mit dem Befehle
haber der Abstimmungstruppen, dem englischen Oberstleutnant B e n n e t
dieserhalb geführt. Er hielt den Plan für ausführbar und versprach,
ihn dem Präsidenten der Kommission R e n n é zu übermitteln.

Unterdessen habe ich Vertreter des Masurischen Volks-Bundes zu einem
Gedankenaustausch in meiner Wohnung zusammengerufen. Nur wirkliche
Vertreter, die das Abstimmungsrecht hatten. Alle anderen Faktoren,
Masuren-Komitee und Vertreter der früheren Rada Ludowa, die als Nicht
berechtigte über unsere Köpfe hinweg Beschlüsse fassten, liess ich
beiseite. Meine Erwägungen wurden als berechtigt gefunden, und ich
entschloss mich, mit zwei Begleitern, Kaufmann J a g e r t a l -
J e g e z k a und Fabrikbesitzer Emil L e j k, den Vorsitzende n
des deutschen Masurenbundes W o r g i t z k i aufzusuchen.

Die Verhandlungen, die ich mit ihm führte, haben zu einem Erfolge
nach meinem Sinne nicht geführt. Es waren vor allen Dingen der deutsche
Veterinärarzt, Regierungsrat M a r k s kein Masure der von

„Włoszczanie” wzięli sobie za cel wywołanie „wielkiej rewolucji” w kraju. W tym celu starali się w każdym miasteczku i w każdej wiosce wywołać „wielką rewolucję”. W tym celu starali się w każdym miasteczku i w każdej wiosce wywołać „wielką rewolucję”. W tym celu starali się w każdym miasteczku i w każdej wiosce wywołać „wielką rewolucję”.

Die Verwirklichung meiner Idee musste scheitern. Sie sollte zu ver-
folgen wäre möglich gewesen durch eine Verlängerung des Abstimmungster-
mines wenigstens um 2-3 Monate. Doch war die Zeit von drei Wochen zu
kurz. Der Abstimmungstermin wurde unumwiderruflich auf den 11. Juli fest-
gesetzt.

Nach dieser Zeit war es nicht einmal möglich, durch die Presse zu
arbeiten, denn gleich darauf hin streikte das Personal in unseren bei-
den „Truckereien der „Mazurschen Volkszeitung“ in Allenstein und der
Mazur in Ostelburg. Möglich wurde der Streik ja auch das Mazursche Ko-
mittee in der Mazurschen Volks- Zeitung nicht um polnische Personal
berufte. Nur deutsche Leute arbeiteten an wichtigen Positionen, die
selbstverständlich mit den deutschen Vereinen in Verbindung standen, und
auf die Befehle von diesen warteten. Unsere Warnungsrufe dieser-
halb wurden tauben Ohren gepreigt.

Um die Zusage einer autonomen Verwaltung Masurens schriftlich zu er-
halten, habe ich mich gleich daraufhin an die polnische Regierung ge-
wandt. Unser Antrag lautete.

Mazurski Związek Ludowy
Centrala w Olsztynie.
Szanowny Pan.

Olsztyn, dnia 26 czerwca 1920 r.

Do Pana

Prezesa Ministrów
Państwowych
w Warszawie.
WOLSZTYNIE

Br. 12.III/314/20.

W paragrafie 3 statutu Mazurskiego Związku Ludowego ustanowio-
no żądanie utworzenia województwa z daleko idącą autonomją. Do-
pełnienie tego żądania miarodajne czynniki Rządu Polskiego nam
przrzekli. Aby nasz lud mazurski szczerokość naszych żądań i obie-
cań poznał, są my zmuszeni prosić o natychmiastową z obowiąz-
ującą decyzję Rządu Polskiego, czy w razie przyłączenia Mazur do
Polski autonomia taka będzie nam dana. Tak samo musimy i mieć

obowiązujące przyrzeczenie, że w razie przyłączenia Mazur do Polski nie będą amunicją przez Rząd Polski do służby wojskowej w wojnie z Rosją.

pp.

Za Mazurski Związek Łańcowy.

Przytaryk Lejk,

Andrzej Gucoska.

prezes.

sekretarz.

Schon am 30. 6. erhielten wir eine zusage Antwort. Nachstehend gebe ich den Wortlaut der Antwort wieder.

Prezydent Ministrow Rzeczypospolitej Polskiej w Warszawie dnia 30. czerwca 1920. r. Do Pana Komisarza plebiscytowego w Olstynie.

Zawiadamiam Pana, że intencją Rządu Polskiego jest, w razie przeprowadzenia plebiscytuowego terenu mazowsza Pruskiego do Polski, z kraju tego utworzyć osobne województwo, wyposażone szerokim samorządem.

Rząd Polski nie zamierza na terenie plebiscytowym mazurakim w razie jego przyłączenia do Polski, zażądać poboru popisowców w czasie obecnej wojny z bolszewikami.

wz. W r o b l e w a k i,

Wir

podsekretarz stanu.

Wir haben den Antrag an die polnische Regierung nicht etwa darum gemacht, dass wir uns einen Erfolg für die Abstimmung versprochen. Eine durchgreifende Wirkung hätte die Anerkennung einer autonomen Verwaltung durch die Regierung in den 10 Tagen bis 11. Juli nicht erzielt. Es war mir nur daran gelegen, den Beweis zu erbringen, dass die polnische Regierung selbst eine unrückgängige Zusage gibt, die sichtbar macht, dass sie den Wünschen unseres Volkes entgegenkommt, und dass wir mit unseren Erklärungen nicht Unwahrheiten unter unsere Landleute ausstreuten. Diese Zusage sollte auch zugleich ein Fundament bilden, auf dem sich in späterer Zeit der polnische Gedanke aufrichten und festigen kann.

Da der erste Plan, die Schaffung eines selbständigen Staatswesens aus dem Abstimmungsgebiet unter einem Kommissar der Alliierten uns nicht gelungen ist, blieb uns noch der zweite Plan übrig, die Nichtbeteiligung an der Abstimmung. Am 7. Juli 1920. habe ich die Delegaten des Masurischen Volks-Bundes und somit der polnisch denkenden Masurenbevölkerung nach Ortelsburg zusammenberufen, um gegen die am 11. Juli stattfindende Abstimmung Protest einzulegen und den Beschluss der Nichtbeteiligung unsererseits an der Abstimmung festzulegen und diese nicht anzuerkennen. Dieser Beschluss wurde gefasst und in einer Resolution Protest eingelegt. Die Resolution lautete:

"Das Plebiszit, festgesetzt auf den 11. Juli d. Ja. ist kein Plebis-

12.
bleibt, festgesetzt auf den 12. Juli 1919. Es ist kein Zweifel, dass die
die Rechte und Interessen der ganzen Masuren nicht unter dem Vorwand deutscher
Banten. Polnische Versammlungen versprungen organisierte deutsche Bän-
ten und lassen die Masuren nicht zu Wort kommen. Es ist ferner schon be-
te. Die Masuren denen, welche für Polen stimmen mit Vorschlag, Verban-
nung und Vertreibung ihrer Genossen.

Das deutsche Volk für Ostpreußen nicht abstimmen.

Die Versammlung in Ortelsburg, Delegaten des Masurenischen Volks-Bun-
des, legen feierlichen Protest gegen ein solches Plebiszit ein. Das Re-
sultat können sie schon heute nicht anerkennen. Die polnisch gesonne-
nen Masuren werden an der Abstimmung nicht teilnehmen.

Dieselbe Resolution wurde der Interalliierten Kommission übermittelt
und auch der polnischen Regierung zugestellt, um das Plebiszit in Masu-
ren auch ihrerseits nicht anzuerkennen.

Dass einige Stimmen im Kreise Osterode abgegeben wurden, liegt daran,
dass die Grenzorte dortselbst sich nach dem Beschluss nicht richteten,
sondern nach eigenen Ermessen handelten. Zu den wenigen Andern der an-
deren Kreise, die ihre Stimmen abgaben, ist unser Beschluss nicht durch-
geführt. Die gesamte unsere polnisch denkende masurische Bevölkerung
hat sich aber laut Beschluss nicht an der Abstimmung beteiligt. Daher
erklärt es sich, dass im Kreise Oletzko nur 2 polnische Stimmzettel fie-
len, im Kreise Johannisburg 14, und in den anderen Kreisen dieselben
wenigen Ziffern. Dass in diesen Kreisen aber die Bevölkerung polnisch
ist, das hat Ernst Zimmermann, ein Deutscher, in seiner Karte, die
Verortung der protestantischen Polen in Masuren nachgewiesen, in dem
er im Kreise Johannisburg 80-100 Prozent Polen feststellte. Diese Kir-
te ist dem Geschichtswerk "Masuren" von Dr. Albert Zweck beigegeben. Die
Logik erklärt es, dass in einem 80-100 prozentigen polnischen Volk ^{das die Mehrheit hat Zimmermann} der
polnische Gedanke nicht vollständig ^{haben wie Johannisburg} aus-
gerben kann, und das die 14 Stim-
men darin keineswegs die gesamte polnisch denkende Bevölkerung einbe-
ziehen können.

ARCHIWUM
PAŃSTWOWE
WOLSTYNIE
Ich gebe zu, dass viele unserer Leute für Ostpreußen abgestimmt ha-
ben, aber unter dieser Stimmenabgabe stellten sie sich vor ein selbstän-
diges Ostpreußen wirtschaftlich angeschlossen an das Hinterland Polen,
niemals aber eingefügt in den Rahmen des Deutschen Reiches. Eine Masse
unserer polnisch gesonnenen Masuren, die sich der Abstimmung laut un-
serem Beschluss fernhalten wollten, wurden durch den Deutschen gezwungen,
noch einen Stimmzettel abzugeben und zwar für Ostpreußen, der ihnen in
die Hand mit Gewalt hineingedrückt wurde. Diese Stimmenabgabe war bru-
tale Erpressung, gegen die sich Niemand auflehnen konnte, wenn er gesund

nach Hause gehen wollte.

Infolge dessen ist das Abstimmungsergebnis nicht der Massstab des masurischen Volkswillens. Die Abstimmung wurde von unserer Seite aus nicht mitgemacht. Wenn einzelne Faktoren auch von polnischer Seite aus, über unsere Köpfe hinweg handeln für die Abstimmung eintraten, und daher dieser sozusagen einen Schein des Rechts verliehen, so blieb es nur ein Schein, denn von diesen mit der Interalliierten Kommission zu verhandeln, und rechtsbindende Beschlüsse zu fassen hatte keiner ein Recht. Keiner von diesen war ein Vertreter unseres Masuren-Volkes.

Die Abstimmung kann nach dem Begriffe des Rechtes nur ungiltig und die Grenzfestsetzung für Masuren eine Rechtsverletzung sein. Um den Begriff des Rechtes nicht mit Füßen zu treten, bedarf das Problem Masurens einer nochmaligen Aufrollung. Ich bin mir dessen gewiss, dass sich dann ein anderes Bild, entrollt, dass überraschend wirken dürfte.



INSTYTUT PÓŁNOCNY

ul. Wajciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie



ARCHIWUM
PAŃSTWOWE
W OLSZTYNIE

Ursprung des ungelösten Problems Ma-
uren und Maurens-Altpreußen.

Untersucht man das Maurengebiet Mauren einer wahrheits-
getreuen, gerechten Prüfung, so ergibt sich folgende Feststellung.

Das Maurenische Gebiet ist ein Stück des früheren preussischen Gebietes
Gallizien, Samen und eines kleinen Teiles von Samara, welches
insgesamt bis an den Narow reicht. Demnach ist der größte Teil des
früheren Gallizien ein Bestandteil des heutigen Maurenischen Gebietes
in Komaropolen. Zur Zeit des Einrückens des Deutschen Ritterordens
nach Ostpreußen war es unbesiedelt. Wenn einzelne Familien sich vor-
gefunden haben sollten, so gehörten sie demselben Volkstum an, wie
die früheren Bewohner dieses komaropolnischen Maurenischen Landtei-
les. Die Ansprüche auf dieses menschenleere Gebiet hatte nur einzig und
allein Polen als selbstständiges nachbarliches Staatswesen, dem auch die
Einwohner des Narowgebietes bis zur heutigen preussisch-polnischen
Grenze angeschlossen waren. Der Deutsche Kreuzritterorden konnte
auf dieses Gebiet nie einen rechtlichen Anspruch erheben, denn:
1.) stand ihm als weltlichem Orden das Recht weltlicher Landverwerbun-
gen nicht zu, wie es auch Konrad von Masowien bei seinen Einberufungen
machte. Er stand nur im Dienste Konrads, der ihn reichlich entschäd-
igte.

2.) setzte sich dieser in den Besitz Ostpreußens und Mauren auf
Grund eines aussergewöhnlichen Terrors, Rauberei und Fälschungen
von Urkunden ein. Durch diese Fälschungen ist die Wahrheit jahrhundert-
lang verbergt geblieben, und der Aufbau seiner Landesweiterun-
gen und Machtstellung vollzog sich nur auf ein Fundament ^{der} Be-
trug. Dieses Fundament wird mit dem Augenblick zerstört, mit dem
dieser Betrug entdeckt wird, vorausgesetzt, dass Gerechtigkeit regie-
rt die heute in dem Protraktat des Völkerbundes als Firmenschild
leuchtet. Demnach verlieren sämtliche Verträge mit Herzog Kasimir von
Gujawien 1255 1) - als dieser laut schiedsrichterlicher Entschei-
dung seinen Anspruch auf Gallizien und Reflexien (Samara) entsag-
te - und 1257 2) im Frieden zu Altleslau ihre Rechtskraft.

3.) nicht einmal nach dem vom Orden erfuhrten Satze: "alles Land gehört
dem Orden, welches dieser mit dem Schwert erobert"; denn dieses Ge-

1 u. 2.) Original im Staatsarchiv, Königsberg in Pr.

164
dass dieses Gebiet war unbewohnt. Es konnte kein Bitterbrot ge-
kostet werden. Es wurde einfach westlich mit hussitischer Bar-
ten umstellt. Soweit die geschichtliche Feststellung, dass Deutsch-
land, bzw. das umstellte Preussen, das den Vertriebenen Heimat an-
gesprochen hat, kein Recht auf Mauren hat.

Was sagt die ethnographische Feststellung? Das maurische Gebiet
ist von den maurischen Polen, also auch von seinen Landelassen des
früheren Gellien umstellt worden. Die Ausdehnung polnischer-
seits erfüllte das ganze Gebiet. Nur eine winzige Prozentziffer nach
den die Preussen und Deutschen aus. So sind vor allem Mauren die fast
rechtlichen Preussen im maurischen Polentum aufgezogen. Die ganze
Bevölkerung Maurens ist bis auf die gegenwärtige Zeit polnisch. Von
den Deutschen ist nur eine winzige Prozentziffer vorhanden, der in den
Städten ansässig ist. Der Zuzug der Deutschen hat sich erst nach Ver-
schärfung der Germanisation nach dem deutsch-französischen Kriege und
dem Bau der Grenzbahn Allenstein- Landerburg eingestellt. Dass die al-
te maurische Bevölkerung aus protestantischen Polen besteht, das be-
stätigen auch die deutschen Geschichtsforscher, wie aus dem Abschnitt
die Bevölkerung "Maurens" ersichtlich ist.

Das Plebiszit in Mauren war, so wie es bei uns behandelt wurde,
nicht anderes als eine Volkverwirrung, als die Krone der Gewaltver-
manisation, des Terrors und der List. Das Plebiszit war ein öffentli-
cher Betrug und eine Geißel für unser Volk, die Fortsetzung des Krie-
ges mit einer anderen Betitelung, und die Gewaltherrschaft der Gewalt
nach unheilvoller Mittel. Die Grenzfestsetzung nach dem Anfall der Ko-
nigsberg-Abstimmung wäre ein Heilmittel für den Heilmittel in Paris und für
den Rechtsstaat, wie er kaum ersehnt werden kann.

Aber soviel ich annehme, ist dieses Plebiszitgebiet nur vorläufig
der Verwaltung Deutschlands unterstellt, bis eine vollkommene, korrek-
te Lösung erfolgt, die der Nationalität der Bevölkerung Rechnung trägt
und auch dem Wohl dieser Bevölkerung dient. Das ist auch die Meinung,
welche bei den Mauren herrscht, und der Tag des endgültigen Schie-
spruches kann nicht frühzeitig genug erwartet werden.

Eine bedingungslose Zuteilung dieses Gebietes zu Polen ohne Konzen-
sionen, wie von der Seite ihres polnischen Volkstums zu schliessen
wäre, würde aber vorläufig nicht entsprechen.
Neu fests. d. d. Bevölkerung

Die Gegensätze, die tiefste kultureller und religiöser Verschieden-
heit erklärlich sind, bedingen bei einem evtl. Anschluss eine Sonderstel-
lung.

Historisch und politische Folgerungen

Wenn wir die Geschichte beinahe eines Jahrtausends der Kreuzritter und ihrer Nachfolger, Deutschlands an unserem Auge vorbeiziehen lassen, so entrollt sich für unser Auge ein für uns trauriges Bild. Was wir sehen, stellt uns dar das Sinnbild eines Raubtiers, das stets auf dem Sprunge bereit steht, fremde Körperteile an sich zu reißen. Alle Mittel, welche ein Mensch verabscheut, der sich seiner Würde als Mensch bewusst ist, hat der scheinheilige Deutsche Geist angewandt, um seine Beute leichter einfangen zu können, sie in seinen Falsen zu stellen und die Welt zu täuschen. Jeder nachbarliche Staat dieses Deutschtums wird von tiefen Wunden abgerissener und stichender Körperteile sprechen können, die ihm dieses beigefügt hat.

Ein ganzes preussisches Volk haben die Kreuzritter von seiner Erde vernichtet, ohne Erbarmen, als wenn es sich um Geschöpfe handelt, die dazu da sind, vom herzlosen Schlächter hineingeschlachtet zu werden. Das Flehen um Mitleid wehrloser Menschen, Frauen und Kinder liess sie kalt. Ihr Zweck war Eroberung eines Platzes zur Entwicklung weiterer Macht. Was gingen diese Ritter mit dem weissen Mantel und dem schwarzen Kreuz ungezählte Seufzer an? Nichts! Grauenhaft wurde in Blut alles erstickt.

Polen haben sie geliebküßelt, liessen sich bewirten, haben ihnen grosse Versprechungen gemacht, und nachdem sie in sich, von polnischem Busen genährt, die Kraft fühlten, da sind sie auch über Polen herabgefallen, haben es überlistet und niedergeknebelt. Überall das Bild grosser Liebenswürdigkeit und Hilfsbereitschaft, und dahinter das Schleifen des Schwertes, das zum Todesstoss zubereitet wurde.

So haben sich die Deutschen zur Macht entwickelt und haben Europa bedroht, nachdem sie schon wieder genügend vorbereitet, zu neuen Raubzügen standen. Die Taten sind ihnen abgehauen, aber sie wachen wieder, und schon sind die geheimen Urriese neuer Vorbereitungen zu merken für den, der es merken will. Sie schreien von gewaltig geschehenem Unrecht, wollen die Völker verblenden und in Ruhe wiegen, und ihren geheimen vorbereiteten Plan verschleiern.

Sie suchen sich Freunde zu gewinnen in den baltischen Randstaaten und in Russland. Mögen die baltischen Staaten nie so naiv sein zu glauben, der Deutsche ist ihr wahrer Freund. Deutschland rechnet nach dem Nützlichkeitsprinzip, es kalkuliert mit diesen Staaten, um sie

163
mit Ostpreussen als Operationsbasis weiterer Machtentwicklung zu erhalten. Die Kalkulation ist für das Volk dieser Staaten Blut und Schrecken und ihr Untergrund. Der Gedanke von den grossen Deutschen Reiche, das die baltischen Provinzen einschliesst, war schon im Weltkriege das übliche Gesprächsthema, und ist heute noch nicht fallen gelassen.

163
Glaubt jemand, Deutschland sucht Verbindung mit Russland aus Nächstenliebe oder Freundschaft? O nein. Russland wird gebraucht. Russlands Bodenreichtum und Volk und der chaotische Zustand ist für Deutschland die Masse, aus der die Kraft gezogen wird zur Verwirklichung des deutschen Nachkriegsplans, den nochmaligen Weltkrieg und der deutschen Vorherrschaft in Europa und der Welt. Russlands Zusammenhalten mit Deutschland bedeutet ein erweitertes Leiden weiterer Millionen Russen, ein Erweitern des Totenfeldes. Deutschland kalkuliert damit, dass die Zahl von circa 200 Millionen Menschen Europas, die dem Völkerbunde nicht angehören, eine bedeutende Macht darstellt und eine Allianz Deutschlands Russlands gegen den Völkerbund bildet die ins Gewicht fällt, mit der zu rechnen ist. Daher auch die Vertiefung in den Danziger Neuesten Nachrichten vom 21.9.21. in dem Artikel "Erregung in Litauen" betreffs der Wilnaer Frage. Und letzten Endes darf nicht vergessen werden, dass die Litauer Frage kein litauisch-polnisches Problem, sondern ein weiss-ruthenisches, besser gesagt, russisches Problem ist, dessen endgiltige Lösung in einem ganz anderen Sinne erfolgen dürfte, als jetzt in Genf angenommen wird. Es gibt genug starke Winke um herauszumerken, was bereits hinter den Kulissen gearbeitet wird, um zu erkennen, wie Deutschland sich schon jetzt über den Völkerbund und die Entente hinwegsetzt ironisch, wie hier schon das Gewitter vorbereitet wird, von dem Herz Ostpreussen mitten in das Herz Europas.

ARCHIWUM
PAŃSTWOWE
W OLSZTYNIE
Die Sicherung des Friedens in Europa ist ein wachsendes Auge auf Deutschland und Kriegsbereitschaft sämtlicher Ententestaaten, Stärkung Polens und dessen Allianz mit den slawischen, brüderlichen Völkern und den baltischen Staaten zu einem vereinigten mitteleuropäischen Staatenbunde. Die Verwirklichung dieses Staatenbundes ist für längere Zeit der Frieden und das wirtschaftliche und kulturelle Gedeihen aller dieser Staaten, von denen die baltischen Staaten und Polen doch nur vor kurzem ihre Lebensfähigkeit erhielten, und das nicht aus Gnaden Deutschlands.

184
Von Frankreich darf Polen nicht einen Schritt zurückweichen. Jeder
entscheidende Schritt von Frankreich, das sich stets als wahrer
und charakterfester Freund erwiesen hat, das ist das resultierende
Offen eines europäischen Vulkans, dessen Ausbruch uns alle veräus-
tet.

Polen und Frankreich sind um ihren gemeinsamen Lebenswillen auf ein-
ander angewiesen und jede Arbeit auf Beseitigung dieser auch wirt-
schaftlich verwandtschaftlichen Nationen ist eine Unterminierung des pol-
nischen Staates. Sie kann nur als feindselige, staatsverfeindliche
Handlung angesehen werden.

Schon heute arbeitet Deutschland auf die Wiedergewinnung polni-
scher Provinzen und die Wiederausrottung Polens vor, auch mit-
tels Deutschen in Polen selbst, als ob es so sein müsste, als ob
Polen keine Lebensfähigkeit besitzen dürfte, als ob Deutschland ein
geschichtliches Recht auf Polens Landesteile und Völker hat. Wenn
den Deutschen dann hier von aufrichtigen Patrioten etwas auf die
Finger gezeigt wird, dann hallt ein Protest- und Revancheschrei
durch die Welt seitens des Deutschenbundes, als ob den Deutschen
verwehrt wäre für ein Unrecht geschieht. Schon wagen sich die Deut-
schen hier in Polen mehr Rechte heraus, als die Polen selbst. Heu-
te schon schreiben sie von einem Nationalitätenstaat. Wenn sie noch
lange so schreiben werden, dann müssen wir doch in Polen es ihnen zu
fühlen geben, dass hier ein polnischer Nationalstaat ist, und sie
sich diesem zu fügen haben oder sich entfernen. Heute wählen sie
schon in unserem Staate auf eine Zermürbung Polens mit Hilfe gesin-
neter Elemente, und dann kommen sie mit dem Bismarckwort: Sucht
eine Annäherung an Deutschland und es wird euch besser gehen.

Wir kennen diese heuchlerische Maske, mögen sie jeder Pole, dem
seine Freiheit als Pole lieb ist, auch erkennen, und sich nicht ver-
blenden lassen. Hinter diesen lockenden Worten liegt das geschlif-
fene Messer, das uns Polen an die Kehle gesetzt werden soll.

Es ist der Gedanke des S o l f f in seinem Geheimrapport aus-
gesprochen: Um Russland, das ihnen wie eine gereifte Birne in die Hän-
de fällt, verzehren zu können, muss Polen beherrscht, und zu einer
deutschen Brücke nach Russland gemacht werden. Ein selbständiges Po-
len, gestützt auf eine Verbündete mit Frankreich ist nicht zuzulas-
sen. Es muss Polen zu einem Bruch mit Frankreich in die Hände Deut-
schlands gebracht werden. Polen muss zu einer unmöglichen Finanzla-

Finanzlage (Handelsbojkott, systematische Markensabwertung) geführt, daraufhin muss ihm eine entsprechende Hilfe zuteil werden derart, dass sie zu einer Unterjochung führt.

Jede Finanzkampagne, hinter welcher auf Unseren H u g o S t i a n e steht, und durch Agenten aus Polen betrieben wird, ist ein Mittel hierzu. Wir müssen in Polen außerordentlich vorsichtig sein. Nie kann Polen eine Deutschland freundliche Politik treiben, sonst liefert es sich ohne Gnade und Erbarmen aus. Polen muss vorläufig die Hände zusammenbekleben und zielbewusst arbeiten. In Polen sind Kräfte vorhanden, die müssen nur richtig g e w ä h l t und in den Dienst des Ganzen gestellt werden.

Von Polens Seite aus muss gegen die deutsche Annäherungspolitik energisch Front gemacht werden. Ein Hauptaugenmerk sei auf die Sicherung des Westens gerichtet. Pomerellen muss eine dem Meere nach durch und durch polnische Provinz werden. Pomerellen, der Zugang zum Meere, zur Welt, zum Wohltat und der Macht ist der Schwerpunkt Polens, da muss der tüchtigste und schärfstenkandide Verwaltungsgedanke hincula, der alles nicht, dem nichts verborgen bleibt und der Unrechtes nicht durchlässt. In dieser Hinsicht muss noch viel, unendlich viel getan werden.

Die Plebiszitfrage in Masuren kann für das polnische Volk nicht als erledigt gelten. Wenn der Hohe Rat zu einer gerechten Lösung des Plebiszits sich nicht bemühen wird, und die Grenzregelung als gegeben betrachtet werden sollte, dann werden wir auch Mittel finden müssen, um uns selbst einmal unser stets niedergedrücktes Recht zu verschaffen. Unsere, von den Deutschen mit Drohungen und dem Stock zur Abstinenz zur Urne befohlene Masuren unter der hohen Obhut der Interalliierten Kommission und deren Truppen, die für alle Zeiten eine Schmach bildet, werden einmal trotz eherner deutscher Faust die harte Schale des Germanismus zu sprengen wissen.